



## Wortprotokoll der 32. Sitzung

### **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Berlin, den 29. März 2023, 10:30 Uhr

JKH, Jakob-Kaiser-Haus

1.302

Vorsitz: Dr. Christoph Hoffmann, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 3**

Öffentliche Anhörung zum Thema: "Wirkung und  
Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen in  
den Ländern des Globalen Südens"



### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Abdi, Sanae Diaby, Dr. Karamba Gava, Manuel Leiser, Kevin Schamber, Rebecca Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Hagedorn, Bettina Heinrich, Gabriela Klose, Annika Lugk, Bettina Rudolph, Tina Scheer, Dr. Nina Stamm-Fibich, Martina
CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg Klein, Volkmar Rachel, Thomas Stefinger, Dr. Wolfgang Ziemiak, Paul Zippelius, Nicolas	Gröhe, Hermann Grübel, Markus Hierl, Susanne Leikert, Dr. Katja Rüddel, Erwin Weiss (Wesel I), Sabine
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Düring, Deborah Gesenhues, Dr. Jan-Niclas Henneberger, Kathrin Menge, Susanne	Schauws, Ulle Schulz-Asche, Kordula Uhlig, Katrin Wagner, Johannes
FDP	Gerschau, Knut Hoffmann, Dr. Christoph Mansmann, Till	Beeck, Jens Boginski, Friedhelm Lambsdorff, Alexander Graf
AfD	Friedhoff, Dietmar Frohnmaier, Markus Naujok, Edgar	Kaufmann, Dr. Malte Keuter, Stefan Weyel, Dr. Harald
DIE LINKE.	Möhring, Cornelia	Domscheit-Berg, Anke



**Einzigster Tagesordnungspunkt**  
**Öffentliche Anhörung zum Thema: „Wirkung**  
**und Finanzierung von sozialen Sicherungs-**  
**systemen in den Ländern des Globalen Sü-**  
**dens“**

Der **Vorsitzende** (Abg. Dr. Christoph Hoffmann, Amtierender Vorsitzender): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir uns jetzt langsam hinsetzen und die Gespräche einstellen. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zu unserer Öffentlichen Anhörung (ÖA) im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) zu dem Thema „Wirkung und Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen in Ländern des Globalen Südens“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen, und das gilt ganz besonders für unsere Sachverständigen (SV), die bereits physisch links neben mir präsent bzw. per Zoom zugeschaltet sind. Herzlich willkommen, und wir bedanken uns schon einmal vorab für Ihre Mitarbeit in Form der schriftlichen Stellungnahmen und der heutigen Teilnahme. Die Lebensläufe der SV liegen Ihnen allen vor, und deshalb möchte ich aus Zeitgründen darauf verzichten, Sie ausführlich vorzustellen. Die unaufgefordert eingegangenen Stellungnahmen und Positionspapiere haben wir ausschließlich als Ausschussdrucksache an die AwZ-Mitglieder verteilt. Schließlich möchte ich auch unsere Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen unseres Parlamentsfernsehens und auf der Tribüne herzlich willkommen heißen. Ich wünsche uns allen eine hoffentlich unseren Erwartungen erfüllende Anhörung. Die sozialen Sicherungssysteme bringen Stabilität. In der Bundesrepublik haben wir das auch erlebt, als Bismarck die Renten eingeführt hat, denn das ist auch ein soziales Sicherungssystem. Damals war es noch einfacher, weil die Lebenserwartung nicht ganz so hoch war. Er hatte das Rentenalter auf 65 Jahre festgesetzt, und die durchschnittliche Rentenbezugsdauer war 1 Jahr, da waren die

Kosten noch kalkulierbarer.

Für die Anhörung sind 5 SV eingeladen worden, 2 SV für den Themenblock 1 und 3 SV für den Themenblock 2. Wir haben insgesamt 150 Minuten Zeit, und jeder thematische Block erhält 72 Minuten, also ganz gerecht. Im Block 1 lautet das Thema: „Wirkung und bisherige Erfolge von sozialen Sicherungssystemen“, das ist also eine Art Rückschau. Block 2 heißt „Finanzierung und Implementierung von sozialen Sicherungssystemen“, also eine Vorschau: In jedem Themenblock gibt es zunächst Gelegenheit für ein 4-minütiges Eingangsstatement für jeden und jede SV. Danach folgt eine Frageunde mit 2 Minuten Redezeit pro Fraktion. Für die Beantwortung der Fragen haben die SV dann jeweils 7 Minuten zur Verfügung. Ich rate allen Sachverständigen, die Fragen mitzuschreiben, damit Sie sie noch bei Ihren Antworten präsent haben, denn es werden erfahrungsgemäß mehrere. Im Anschluss folgt dann eine zweite Frageunde mit jeweils zwei Minuten pro Fraktion, und die SV haben dann noch einmal 5 Minuten Zeit, zu antworten. Das Rederecht innerhalb einer Fraktion ist zuvor intern abgeklärt worden. Jetzt noch zwei technische Hinweise: 1.) Vor Redebeginn müssen Sie das Mikrofon, das ist der rote Knopf auf dem dreieckigen Gerät, einschalten und am Ende wieder ausschalten. 2.) Die Fragestellerinnen und Fragesteller bitte ich darum, immer zu sagen, an welche SV die Fragen gerichtet sind. Damit eröffne ich die eigentliche Anhörung und rufe Themenblock 1 auf: „Wirkung und bisherige Erfolge von sozialen Sicherungssystemen“ auf. Hier haben wir als SV, in alphabetischer Reihenfolge, zunächst Herrn Ralf Radermacher. Er ist Leiter des Globalvorhabens „Innovation und Lernen in der sozialen Sicherung“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Dieser Vorschlag kommt von der Fraktion der FDP. Zuschaltet über ZOOM ist Frau Prof. Dr. Esther Schüring. Sie ist Professorin für Systeme der sozialen Si-



cherheit an der Hochschule Bonn Rhein-Sieg; das war ein Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.. Wir beginnen jetzt mit den vierminütigen Eingangsstatements, und ich schlage vor, dass Frau Prof. Dr. Esther Schüring beginnt. Frau Prof. Schüring, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. **Esther Schüring** (Professorin für Systeme der sozialen Sicherheit, Hochschule Bonn Rhein-Sieg): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, einen schönen guten Tag an alle Teilnehmenden. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier mein Eingangsstatement abzugeben. Ich wollte einen kurzen Rückblick anstreben, dann kurz auf den Status quo eingehen und schließlich einen Ausblick wagen. Ich höre mich gerade selbst in der Übersetzung.

Der **Vorsitzende**: Alles gut. Hier kommt alles gut an. Sie können einfach weitermachen. Vielleicht müssen Sie den Computer stummschalten und nur das Mikrofon benutzen.

Prof. Dr. **Esther Schüring** (Professorin für Systeme der sozialen Sicherheit, Hochschule Bonn Rhein-Sieg): Meinen Computer stummschalten. Okay, dann versuche ich das. Ich hoffe, Sie können mich weiterhin hören.

Der **Vorsitzende**: Wir hören Sie sehr gut, Sie können einfach weitermachen.

Prof. Dr. **Esther Schüring** (Professorin für Systeme der sozialen Sicherheit, Hochschule Bonn Rhein-Sieg): Wenn wir einen Blick in den Rückspiegel werfen, können wir sehen, dass nicht nur die Bemühungen international zugezogen haben, im Bereich soziale Sicherung aktiv zu werden, sondern es gibt mittlerweile eine fantastische Evidenzbasis. Soziale Sicherung ist ein Bereich der Entwicklungspolitik, der vor allem in den letzten Jahren sehr umfassend und auch rigoros evaluiert wurde. Es gibt außerdem mehrere Studien, die darauf hinweisen, dass die Bedenken, die häufig zur Rolle

der sozialen Sicherung in Deutschland vorgebracht werden, jeglicher Grundlage entbehren. Sozialtransfers führen beispielsweise nicht dazu, dass mehr Alkohol oder mehr Tabak konsumiert wird, und sie führen auch nicht dazu, dass Menschen dem Müßiggang frönen. Ganz im Gegenteil: Die Studienlage weist eher einen positiven Effekt der sozialen Sicherung auf die Arbeitssuche aus. Eine jüngste Studie aus Südafrika hat gezeigt, dass ein unkonditionierter Sozialtransfer zu Zeiten von COVID-19 die Wahrscheinlichkeit um bis zu 3,5 Prozentpunkte erhöht, eine Arbeit zu finden. Die Bürger-Krankenversicherung in China führt zu mehr Geschäftsgrundlagen, auch die Multiplikator-Effekte von sozialer Sicherung in lokalen Märkten sind beeindruckend. Jeder Dollar, der in die soziale Sicherung investiert wird, generiert bis zu 2,5 weitere US-Dollar (USD). Es ist also eine Investition, die sich selbst trägt und Menschen neue Chancen gewährt, Kinder bleiben länger in der Schule, die Nahrung ist reichhaltiger, und mentaler Stress wird reduziert. Das führt insgesamt dazu, dass die kommenden Generationen bessere Chancen haben, ins Leben zu starten, und sie sind resilienter, können besser mit Risiken umgehen, auch in der Zukunft. Wo stehen wir aktuell? Die Weltgemeinschaft hat insgesamt das Potenzial der sozialen Sicherung erkannt. Die Stimmen der Bedenkenträger sind leiser geworden. Jedoch ist das, was für uns in Deutschland eine große Selbstverständlichkeit ist, noch ein knappes Gut in den Entwicklungsländern. Nur jeder Zweite hat auf der Welt überhaupt Zugang zu einem sozialen Sicherungssystem. Das bringt mich zu dem Ausblick: Wir leben in Zeiten, wo die Ungleichheit zunimmt, wo die Risiken und die Ungewissheit zunehmen, und hier kann soziale Sicherung, wenn sie gut ausgestaltet und finanziert ist, die nötige Sicherheit und das Vertrauen stiften, das Menschen brauchen. Sie kann gesellschaftliche Wogen glätten und die nötigen Verhaltensänderungen, die wir in puncto Klimaschutz brauchen, auf den Weg



bringen. Was gilt es, folglich zu tun, um Menschen soziale Sicherung zukünftig zu gewährleisten und gerade denen, die aktuell nicht davon profitieren, einzubeziehen? Dazu braucht es zum einen eine größere Bereitschaft der Weltgemeinschaft, die Finanzierung der sozialen Sicherung nicht nur als nationale Verpflichtung zu sehen, sondern auch als internationale. Deutschland kann insgesamt bei dem Komplex der sozialen Sicherung sicherlich eine größere Rolle spielen. Soziale Sicherung ist „Made in Germany“ und Deutschland wird als „neutraler Broker“ empfunden. Hierzu braucht es weitere Partner, internationale Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organisations, NGOs), den privaten Sektor, aber auch die Wissenschaft. Warum die Wissenschaft? Weil die Wissenschaft eine große Rolle spielen kann und wir Dank experimenteller Studien und Meta-Evaluationen die Möglichkeiten haben, soziale Sicherung gut auszugestalten. Was bedeutet das jetzt konkret für die weitere Umsetzung? Hier würde ich gern noch 4 Punkte anbringen: Punkt 1: Wir müssen zukünftig im Bereich des Risikomanagements die Prävention mitdenken. Das gilt nicht nur für Unfälle und Krankheiten, sondern auch für die Armutsfälle. So können Kinder, die in den ersten 1.000 Tagen ihres Lebens unterstützt werden, viel größere Effekte erzielen, als wenn wir darauf warten, bis sie mangelernährt sind oder die Schule abgebrochen haben. Punkt 2: Transformative Effekte können nur erzeugt werden und wenn wir eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen erreichen möchten, dann müssen die unterschiedlichen Bedarfe der unterschiedlichen Gruppe im sozialen Sicherungsportfolio abgebildet sein. Wir müssen bei der Ausgestaltung auch penibel darauf achten, dass wir nicht diskriminieren, dass wir ein realistisches Bild des Zeitbudgets der Frauen haben, dass wir bei Armutsberechnung die Mehrkosten für Menschen mit Behinderungen mitdenken und dass wir beim informellen Sektor nicht nur den Weg der Formalisierung suchen. Punkt 3: Generell ist

wichtig, dass Zugangsbarrieren zu sozialen Sicherungssystemen abgebaut werden. Digitalisierung kann hier eine großartige Rolle spielen, um administrative Prozesse allgemein zu verschlanken und effizienter, bürgernäher zu gestalten. Allerdings brauchen wir weiterhin auch Lösungen für Menschen, die keinen Zugriff auf Handy und Internet haben. Punkt 4: Die soziale Sicherung wird nicht im Alleingang alle Probleme lösen. Das ist uns klar, und das ist auch nicht der Anspruch. Hier kommt es vor allen Dingen auf eine sinnvolle Kombination von Maßnahmen an. Da gibt es sicherlich Bereiche, die weiter mitgedacht werden, wo diese Kombinationseffekte von Vorteil wären, zum Beispiel zwischen Katastrophenschutz und sozialer Sicherung, zwischen Klimaschutz und sozialer Sicherung, und auch zwischen Migrationspolitik und sozialer Sicherung. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank an Sie, Frau Prof. Dr. Esther Schüring für Ihr Statement. Wir kommen zu Ihnen, Herr Ralf Radermacher. Sie können nun Ihr Statement abgeben.

**Ralf Radermacher** (Leiter des Globalvorhabens „Innovation und Lernen in der sozialen Sicherung“, GIZ): Besten Dank, Herr Vorsitzender, für die Möglichkeit, hier mitzuspielen, wie Sie so schön sagten. Werte Ausschussmitglieder, ich freue mich, dass Sie sich mit dem wichtigen Thema befassen. Soziale Sicherung wirkt, wie es Frau Schüring schon sagte. Dafür gibt es mittlerweile viele robuste Evidenz. Sie reduziert Armut und Ungleichheit und verbessert Nahrungsmittelsicherheit. Wir sehen ihre Wichtigkeit, gerade in den Folgen des Preisschocks, der durch den Krieg gegen die Ukraine hervorgerufen wurde. Sie verbessert auch den Zugang zu Bildung und beim Schulverbleib. Sie hilft uns damit, auch intergenerationale Armut zu bekämpfen. Sie verbessert den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und stärkt die lokale Wirtschaft. Prof. Schüring hat



darauf hingewiesen: Jeder Dollar, jeder Euro, der in die soziale Sicherung investiert wird, trägt mit 1,5 bis 3,5 Euro die lokale Wirtschaft. Viele Länder, gerade im Niedrig-Einkommensbereich, profitieren von sozialer Sicherung, auch als Konjunkturprogramm im ländlichen Raum. Damit stimulieren wir ein Wirtschaftswachstum, und das wollen wir. Soziale Sicherung erhöht die Stabilität im Land und verbessert die Staat-Gesellschafts-Beziehung, allesamt wichtige Effekte. Die soziale Sicherung ist daher eine Investition in die Entwicklung eines Landes und kein Charity oder Handout. Es ist ein Investment-Case, den mittlerweile auch der Internationale Währungsfonds (IWF) erkennt und deutlich vertritt. Das zeigt deutlich, dass viele Argumente der Skeptiker mit Vorsicht zu genießen sind. Neben individuellen Risiken auf Haushaltsebene, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter, schützt soziale Sicherung auch vor Kovariaten-Risiken, also Risiken, die größere Bevölkerungsgruppen betreffen, wie Klimaschutz oder die Pandemie-Folgen, aber auch Preisschocks, wie wir sie jetzt momentan erleben. Länder mit sozialer Sicherung kommen besser durch Krisen, die unglücklicherweise die neue Norm sind. Ich glaube, darauf müssen wir uns einstellen, und es ist deswegen wichtig, dass wir dieses Instrument dafür nutzen. Bisher fehlt 4 Milliarden Menschen der Zugang zu sozialer Sicherung, vor allem in Niedrigeinkommensländern, nicht nur da, aber vor allem dort. Das gilt weiterhin, obwohl in der Pandemie und in den darauf folgenden oder aktuellen Preisschocks eine massive Ausweitung sozialer Sicherungsprogramme zu beobachten ist. Temporäre Maßnahmen werden allerdings zurückgefahren und nicht in einen systematischen Ausbau sozialer Sicherung überführt. Es ist wichtig, dass wir hier ansetzen und die sozialen Sicherungssysteme so stärken, dass multiple Krisen nicht zu noch mehr Verwerfungen und Instabilität in der Welt führen und die Armut damit nicht noch weiter ansteigt. Mit sozialer Sicherung hat Deutschland

aufgrund seiner eigenen Historie bei dem Thema ein gutes Profilhema. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist ein geschätzter Partner in diesem Thema im Globalen Süden, und das gilt auch bei den bi- und multilateralen Partnern. Die deutsche EZ steht für eine partnerzentrierte Umsetzung sozialer Sicherungssysteme, denn wir bauen Systeme, die nachhaltige Strukturen im Land prägen. Wir haben ein starkes Profil bei der Nutzung digitaler Technologien für soziale Sicherung, und wir können unsere breiten Beratungstätigkeiten im Bereich öffentlicher Finanzen für die soziale Sicherung in Wert setzen. Mit der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) leistet Deutschland wichtige Anschubfinanzierungen in einigen Niedrigeinkommensländern und nutzt die Finanzierung auch zu Anreizsetzungen mit Partnern, Stichwort Policy-Based Financing. Wir arbeiten eng entlang der komparativen Stärken mit unseren multilateralen Partnern wie der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO), der Weltbank (WB), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Welternährungsprogramm (World Food Programme, WFP). So flankieren wir beispielsweise Investitionen der WB mit Technischer Zusammenarbeit (TZ) und nutzen die komparative Stärke, die wir im deutschen Instrumentarium haben. Es ist selten und einzigartig, dieses Instrumentarium zu haben, um noch mehr Wirkung zu erzeugen. Auf der globalen Ebene kooperieren wir mit unseren Partnern, inklusive ILO und WB, und die Arbeitsstränge können eine katalytische Wirkung direkt in mehreren Ländern entfalten, wie durch die Bereitstellung digitaler globaler Güter, beispielsweise Software für das effizientere Management von Sozialprogrammen. Abschließend und zusammenfassend: Wir haben Ansätze, aber sind noch weit vom eigentlichen Ziel entfernt und müssen unsere Anstrengungen deutlich erhöhen. Das beinhaltet den Ausbau des deutschen bilateralen Engagements. Das beinhaltet auch, den deutschen



Einfluss bei Entwicklungsbanken regional und international zu nutzen, um soziale Sicherung auf der Agenda zu halten. Wir sollten die Kooperation mit dem IWF ausbauen, die Zusammenarbeit im und mit dem multilateralen System weiter ausbauen, und vor allem sollten wir durch die Verzahnung von bi- und multilateraler EZ komparative Stärken in Wert setzen. Wir sollten das zentrale Thema der Klimafolgenfinanzierung eng mit der sozialen Sicherung verbinden, um die Chancen, die im Global Shield, und in der Loss und Damage-Diskussion entstehen, für die soziale Sicherung zu nutzen. Ich belasse es hiermit, denn ich bin über die Zeit.

**Der Vorsitzende:** So ist es, vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Sie haben einen prägenden Satz gesagt: Krisen sind die neue Norm. Das ist die eine Seite, und auf der anderen Seite steigt das Lebensalter global an. In diesem bipolaren Feld befinden wir uns. Nun kommen wir zu den Berichterstattern. Es beginnt für die Fraktion der SPD, Frau Abdi.

**Abg. Sanae Abdi (SPD):** Ganz herzlichen Dank für den Überblick. Ich finde es spannend, wie Sie skizziert haben, welche Breitenwirkung die Auswirkungen von sozialen Sicherungssystemen haben. Die sozialen Sicherungssysteme sorgen für Stabilität, im Sinne von Krisenprävention oder besserer -reaktion, wenn Krisen kommen, und gleichzeitig muss man aber eine langfristige Entwicklungsperspektive im Blick haben. Ich finde, beides muss man nach vorne stellen, wenn es um das Thema geht. Ich habe zwei konkrete Nachfragen: Herr Radermacher, Sie hatten das Wort „partnerzentriert“ genannt. Da würde mich interessieren, wie man das auf einer nationalstaatlichen Ebene mit den Partnerländern in konkreten Vereinbarungen verankern kann. Eine Strategie ist das eine, aber letztendlich muss das national auch umgesetzt werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, und welche Wirkungsmechanismen gibt es da? Und

weiter, welche Auswirkungen hat soziale Sicherung auf die Bildungssituation von Kindern? Das ist ein Herzensthema von mir, und deshalb spreche ich es an dieser Stelle einmal an. Welche Erkenntnisse gibt es, wie sich eine Breitenwirkung besonders auf die Sicherung und Absicherung von Kindern und ihren Rechten und Bildungschancen auswirkt?

**Der Vorsitzende:** An wen ging die letzte Frage? An Frau Prof. Dr. Schüring. Für die Fraktion der CDU/CSU kommt nun Herr Dr. Kippels.

**Abg. Dr. Georg Kippels (CDU/CSU):** Vielen Dank für die Ausführungen. Mit Blick auf die historische Entwicklung in Deutschland und den Siegeszug der Sozialversicherung ist sicherlich ein Blick in die historische Herleitung des Versicherungssystems sinnvoll. In einschlägigen Kommentierungen liest man, dass die Einführung der Sozialversicherung insbesondere die industrielle Produktivität steigern sollte. Jetzt haben wir bei den Entwicklungsländern eine durchaus konträre Ausgangslage. Zunächst einmal ist die Gesellschaftsstruktur eine andere. Wir haben viele sehr junge Menschen, wir haben Frauen und vor allem Kinder, die der Sicherung bedürfen. Dann haben wir eine ausgesprochen niedrige Produktivität, jedenfalls noch. Die Korrespondenz zwischen Beitragserfassung und Refinanzierung der Sozialversicherungssysteme müsste eigentlich noch einer entsprechenden Struktur unterworfen werden. Deshalb die Frage: Ergibt sich aus dieser veränderten, ich nenne es jetzt mal, Ausgangslage bei der historischen Betrachtung eine andere Herangehensweise bei der Gründung eines Sozialversicherungssystems? Empfiehlt sich eine vorrangig rein steuerfinanzierte Vorgehensweise, die allerdings auch eine Good Governance-Situation zwingend erfordert? Gibt es vielleicht eine logische Priorität, dass zum Beispiel der Gesundheitsbereich in besonderem Maße priorisiert werden müsste, wäh-



rend die Altersversicherung nachrangig betrachtet werden könnte? Die Fragen richten sich an beide Referenten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Kippels. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Düring.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich möchte zum Eingang betonen, wie wichtig es ist, dass wir uns mit sozialen Sicherungssystemen beschäftigen. Es ist auch wichtig, über die ganzen Krisen und Konflikte zu reden, und wie wir soziale Sicherungssysteme global unterstützen können. Wir reden hier von Basisstrukturen, und es ist in unser aller Sinne, gemeinsam daran zu arbeiten. Meine erste Frage würde an Frau Prof. Dr. Schüring gehen: Könnten Sie auf die Stelle in Ihrem Statement eingehen und diese näher erläutern, dass Länder des Globalen Nordens, die klassischerweise als Gebernationen betitelt werden, nicht zu kurzfristigen Sparmaßnahmen in Zeiten der Austeritätspolitik und Schuldenkrise beitragen sollten, denn damit würden sie gegebenenfalls das langfristige Potenzial sozialer Sicherungssysteme in Ländern des Globalen Südens konterkarieren. Vielleicht können Sie darauf eingehen. Wie machen wir soziale Sicherungssysteme in Gesellschaften widerstandsfähig? Was braucht es dafür, und wie können wir das unterstützen? Die weiteren Fragen gehen an Ralf Radermacher: Vielleicht könnten Sie noch einmal erläutern, wie die geschlechterspezifischen Auswirkungen von sozialen Sicherungssystemen aussehen. Wie können wir soziale Sicherungssysteme besser auf die Lebensrealitäten von Frauen und marginalisierten Gruppen ausrichten? Sie haben viel von der deutschen EZ geredet, und deshalb interessiert uns natürlich, wie kann die deutsche EZ besser auf die Expertise der zivilgesellschaftlichen Organisationen des Globalen Südens eingehen? Welche Vorschläge gibt es?

Wie können wir diese Akteure, vor allem strukturell, besser einbinden? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Düring. Für die Fraktion der FDP stellt Herr Gerschau die Fragen.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Soziale Sicherung wirkt, das klingt sehr hoffnungsvoll. Herr Radermacher, vor Ihrer jetzigen Stelle haben Sie für die GIZ das malawische Finanz- und Planungsministerium bei der Einführung des ersten digitalen Sozialregisters beraten und waren auch bei der aktuellen sozialen Sicherungsstrategie dabei. Welche Erfahrungen und Lektionen haben Sie bei der Implementierung konkret gemacht? Wie hat sich Malawis soziales Sicherungssystem seitdem entwickelt, und hat es einen Vorbildcharakter für andere Länder? Bevor Sie zur GIZ gingen, Herr Radermacher, leiteten Sie das Internationale Büro der Micro Insurance Academy und entwickelten Versicherungslösungen, insbesondere für arme Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel in Kambodscha, Tansania und Nepal. Da ging es zum Beispiel um den Aufbau einer Krankenversicherung. Könnten Sie genauer ausführen, wie solche Versicherungen funktionieren? Danke schön.

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich beginne mal mit Mathematik. Sie schrieben in Malawi würden 0,1 % schon etwas bewirken. Malawi macht 12,63 Mrd. USD Bruttoinlandsprodukt (BIP), mit 20 Millionen Einwohner, das heißt, wir reden von 5 Cent pro Monat pro Mensch. Die bewirken jetzt genau was? Das verstehe ich nicht so ganz. Wer sich in Afrika ein wenig umtut, wird feststellen, dass 60 % bis 80 % der Menschen in Afrika im informellen Sektor arbeiten. Das heißt, man müsste als ersten Schritt erstmal neben guter Regierungsführung die Korruption bekämpfen, denn es ist ganz wichtig, dass es beim Menschen ankommt. Erstmal gu-



cken, wie die Menschen überhaupt Zugang zu diesen Geldern bekommen. Sie haben Digitalität und Handy erwähnt, aber da müssen alle ländlichen Menschen auch Handys haben. Wird da das Geld aufgebraucht, wie geht das? Wie registrieren sich die Menschen überhaupt? Ein Großteil der Menschen ist gar nicht registriert. Wie soll das dann funktionieren? Aber es beantwortet zentrale Fragen nicht, nämlich wie schaffen wir in Afrika Arbeitsplätze und wie steigern wir die Wertschöpfung? Wir reden über soziale Sicherungssysteme, schaffen aber keine Arbeit. Und Afrika braucht pro Jahr 40 bis 50 Millionen neue Arbeitsplätze. Wir satteln immer von hinten auf, aber lösen das Problem nicht, dass nämlich die Wertschöpfung auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden muss, anstatt diesen Kontinent auszubluten, ihm die Rohstoffe zu entziehen und keine Arbeitsplätze zu schaffen. In dem fragilen Kontext nehmen wir Mosambik, Südsudan, Äthiopien. Wie schaffe ich das soziale Sicherungssystem in einem fragilen Kontext, wo Kriege sind? Wie schaffe ich es, dass sich die Regierung nicht bereichert? Das sind Fragen, die wir erst einmal beantworten müssen, bevor wir wieder Gelder von A nach B transportieren und sie dann nicht ankommen, wo sie hinkommen sollen, beim Menschen nämlich. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: An wen ging die Frage? An Herrn Radermacher. Für die Fraktion DIE LINKE. beendet Frau Möhring die Runde.

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Vielen Dank für Ihre Statements. Ich finde es sehr gut, dass wir uns im AwZ mit dem Thema soziale Sicherungssysteme beschäftigen, weil das ein wesentlicher Beitrag ist zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) und damit zur Verringerung von Ungleichheit. Da gibt es bisher tatsächlich noch nicht so viel. Eine Bitte um eine Einschätzung an beide SV. Ich habe noch

mal nachgelesen, dass das BMZ und die G7 bis 2025 die Anzahl der Menschen, die sozial abgesichert sind, um eine Milliarde erhöhen wollen. Der VN-Generalsekretär hat vor längerer Zeit eine Initiative ausgerufen, die soziale Sicherung bis 2030 sogar auf vier Milliarden Menschen zu erhöhen, die bisher noch nicht erfasst sind. Ist das realistisch? Wo wäre die Kernherausforderung, um tatsächlich dieses sehr große Ziel zu erreichen? Dann habe ich noch eine Frage an Frau Prof. Dr. Esther Schüring: Sie haben bereits in Ihrer Stellungnahme sehr gut die langfristigen Vorteile der sozialen Sicherungssysteme für die Volkswirtschaften beschrieben. Ich würde Sie bitten, noch einmal vertiefend auf Best-Practice-Beispiele einzugehen. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme das „1.000-Tage-Programm“ beschrieben, und da würde mich insbesondere die Wirkungsweise interessieren. Wenn Sie dann auch noch auf Lessons Learned eingehen können, also die nicht so gut funktionierenden Ansätze. Wenn Sie da Beispiele haben, würde ich das sehr begrüßen. Und da ich noch 14 Sekunden habe, Sie beschreiben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, eine klare Präferenz für Sozialtransfers, und hier besonders die Cash-Transfers, die funktionieren. Geht das aus Ihrer Sicht in Richtung eines Grundeinkommens, das gesichert werden müsste für die Länder im Globalen Süden?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit wären wir am Ende der ersten Fragerunde, und jetzt kommen wir zur Beantwortung der Fragen durch die SV. Sie haben jetzt 7 Minuten Zeit, und wir beginnen mit Herrn Radermacher.

**Ralf Radermacher** (Leiter des Globalvorhabens „Innovation und Lernen in der sozialen Sicherung“, GIZ): Besten Dank für die Fragen. Das wird ein wilder Ritt durch verschiedene Themen. Partnerzentriertheit der deutschen EZ heißt, dass wir da ansetzen, wo die Partnerre-



gierung hin möchte. Es geht darum, dass es soziale Sicherungssysteme in nationaler Ownership gibt, denn nur so können sie auch nachhaltig sein. Wir beraten dann bei den Ausrichtungen und bei Fragen, wie sie das am besten finanzieren können und welche Instrumente man wählen sollte. Im Endeffekt muss aber der Partner entscheiden, denn er muss das soziale Sicherungssystem umsetzen. Das ist ganz wichtig. Wir sehen zu, dass es so gut wie möglich wird. Da kann ich die Erfahrungen aus Malawi, zu denen Sie nachfragten, direkt anbringen. Malawi hatte eine genaue Vorstellung, wie das aussehen soll. Es sollte Cash-Transfers für die ärmsten 10% der Bevölkerung geben. Die darüber liegenden arbeitsfähigen Menschen sollten mit öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen Transfers bekommen und gleichzeitig öffentliche Güter schaffen, wie Straßen und andere Dinge, hinterher sollte auch mehr der grüne Bereich, ein bisschen Natural Resource Rehabilitation, hinzukommen. Wir haben dazu beigetragen, dass es Systeme gibt, mit denen die Menschen punktgenau erreicht werden können. Das Sozialregister hat bei der Registrierung geholfen, das war Ihre Frage Herr Friedhoff. Die Registrierung muss in der Tat zielgenau umgesetzt werden, und man muss tracken können, wer das Geld bekommt und wo es hinget. Es ist wichtig, dass der nationale Partner, in Malawi war es das Finanz- und Planungsministerium, diese Umsetzung im Reigen mit anderen implementierenden Ministerien stemmen kann und wir die entsprechenden Kapazitäten beim Partner aufbauen. Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf subnationaler Ebene, sollte man das wirklich gut umsetzen. Malawi ist ein Vorbild in dem Sinne, weil es als Niedrigeinkommensland zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Es hat einen großen informellen Sektor, wenig Rohstoffe und eine Binnenlage, es hat also wirklich wenig Potential für eine gute Entwicklung. Malawi hat es dennoch geschafft, das soziale Sicherungssys-

tem national auszuweiten und mit einem strukturierten und nicht arbiträren Vorgehen, Menschen zu erreichen. Außerdem haben sie stärker auf die Landwirtschaft gesetzt, um da ins Produktive zu kommen. Die Rechnung, die Sie aufmachten, stimmt insofern nicht, dass nicht jeder Malawier etwas erhalten hat, sondern es gab eine Auswahl und von daher verdichtet sich das auf die, die Transferleistungen erreichen, und das hilft in einem armen Land in der Tat immens. Herr Dr. Kippels, zur veränderten Ausgangslage. In der Tat ist die Ausgangslage im Vergleich zu Bismarck gar nicht so verändert, obwohl der eine andere Bevölkerungspyramide hatte, interessanterweise. Trotzdem ist es wichtig, zu unterscheiden, über welche Länderkategorie wir sprechen, ob es ein Niedrigeinkommensland oder ein Mitteleinkommensland ist. Da gibt es andere Potenziale für die Formalisierung und auch für den Nutzen von Sozialversicherungen. Es gibt Ansätze, wo die Sozialversicherungen auch für den informellen Sektor besser zugänglich sind. Das ist nicht trivial, denn, so schlecht wie ich Steuern einsammeln kann, so schwierig ist es zum Teil auch, Beiträge einzusammeln. Es gibt einige Ansätze, die in die richtige Richtung zeigen, aber in einem Land wie Malawi würde ich diese nicht als Mittel der ersten Wahl sehen, weil ich nicht glaube, dass wir damit den großen Wurf machen werden. Da sind wir eher auf einer steuerfinanzierten Seite. Aber wie man so schön sagt, es kommt immer darauf an. Man sollte kontextspezifisch vorgehen, und deswegen Partnerzentriertheit und National Ownership, die wirklich sehr wichtig sein wird. Es geht nicht um ein One-Size-Fits-All oder um den Export unseres Modells. Ich glaube, wir haben viel anzubieten bei der Beratung, aber auch wir können viel lernen. Unter uns gesagt, die Digitalisierung ist in vielen Partnerländern weiter fortgeschritten, als das bei uns zum Teil der Fall ist. Daher ist es auch interessant, mal über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen



und zu überlegen, was machbar ist und was nicht. Eine Priorität auf Gesundheit oder Gesundheitsfinanzierung ist wichtig. Menschen müssen gesund sein, um am Erwerbsleben teilzunehmen. Das kann man aber in verschiedenen Richtungen lösen. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, die das mit einem kostenlosen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen angehen. Aber ich stimme zu, das ist ein wichtiges Thema. Aber das gilt auch für das Basiseinkommen. Wir haben in der Pandemie gesehen, dass in Indien große Wanderbewegungen stattfinden, weil Tagelöhner im Lockdown plötzlich ausgeschlossen waren. Es geht vieles Hand in Hand, und Cash-Transfers bringen eine bessere Gesundheit, weil dadurch eine bessere Ernährung und ein besserer Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen möglich sind. Geschlechterspezifische Auswirkungen und Design, danach hatte Frau Düring gefragt. Die Frage beim Design von sozialen Sicherungsprogrammen ist zum Teil auch vom Empfänger der sozialen Sicherungsprogramme abhängig. Wenn wir die Programme clever designen, dann können wir damit in der Tat auch geschlechterspezifische Auswirkungen schaffen, zum Beispiel beim Zugang zu Bildung oder Schulspeisung. Es gibt Cash-Programme, mit denen Kindern der Schulbesuch finanziert wird, weil sie auf den Zugang zum Schulbesuch konditioniert sind. Aber selbst unkonditionierte Programme führen dazu, dass die Kinder länger in der Schule bleiben können. Damit bleiben auch Mädchen länger in der Schule, und das ist wichtig. Wir können über die sozialen Sicherungssysteme in der Tat transformativ designen. Da ist dann die Frage, wer ist der Empfänger, wer ist zugangsberechtigt, wer bekommt Konten. Das sind durchaus wichtige Hebel, die wir zur Hand haben. Sie sprachen noch Versicherungslösungen an, Herr Gerschau. Meine Erfahrungen bei Versicherungslösungen sind, dass sie eine wichtige Ergänzung sein können, aber nicht der goldene Wurf oder nicht das einzige Instrument. Für manche

Schocks haben wir gute Chancen bei Versicherungslösungen. Versicherbar ist in der Regel „Großer Schaden - seltener Eintritt“. Wir haben eine Reihe von Schocks, die sind häufiger und nur zum Teil beeinflussbar, und dann ist das nicht versicherbar. Da kommen wir an die Grenzen der Versicherbarkeit. Wir haben aber zum Beispiel mit dem Global Shield im Klimakontext eine Versicherungsidee entwickelt, die im Endeffekt auf der Rückversicherungsebene spielt und durch die sozialen Sicherungssysteme abfließen. Von daher gibt es dafür Raum in einem gewissen Rahmen.

Der **Vorsitzende**: Wir müssen hier leider abbrechen, aber wir haben noch eine zweite Antwortrunde, in der Sie das eine oder andere einflechten können. Wir kommen zu Frau Prof. Dr. Schüring, sie haben für Ihre Antworten ebenfalls 7 Minuten Zeit.

Prof. Dr. **Esther Schüring** (Professorin für Systeme der sozialen Sicherheit, Hochschule Bonn Rhein-Sieg): Herzlichen Dank für die spannenden Fragen. Die erste Frage zielt auf die Bildungssituation von Kindern ab, und da hat Herr Radermacher schon gesagt, dass es ganz unterschiedliche Möglichkeiten gibt, wie man mit sozialer Sicherung Bildung fördern kann. Es gibt die Schulspeisungsprogramme und die Sozialtransferprogramme, die mit unterschiedlichen Maßnahmen gekoppelt und unterschiedlich ausgestaltet werden können. Man kann zum Beispiel einen größeren Transfer je nach Bildungsfortschritt zahlen, oder man kann größere Transferhöhen an Mädchen zahlen. Da gibt es viele Möglichkeiten, wie man das ausgestalten kann, um den Bildungserfolg zu erhöhen. Meine persönliche Präferenz, und deswegen hatte ich auch das 1.000-Tage-Programm erwähnt, ist da natürlich möglichst frühzeitig anzusetzen. Wenn wir da in den ersten 1.000 Tagen ab Zeugung praktisch investieren, dann haben wir eine viel größere Hebelwirkung und können viel mehr erreichen.



Durch keine andere Maßnahme kann man die Dauer, die die Kinder länger in der Schule verbringen, so maximieren wie durch diese Programme. Das ist anschließend auch noch möglich, und wir können natürlich durch Schulspeisungen und Sozialtransferprogramme bei älteren Kindern auch noch später viel erreichen, aber der Hebel ist dann auf jeden Fall kleiner. Zur Bildungssituation insgesamt: Ich hatte vorhin die Kombinationseffekte angesprochen. Also da ist es sehr wichtig, dass man koppelt. Die besten Wirkungen werden genau da erzielt, wo die Nachfrageseite, aber auch Angebotsseite bedient werden. Es ist wichtig, das weiterhin mitzudenken. Noch einmal zum 1.000-Tage-Programm und die Mechanismen. Es geht darum, dass die Frauen, die diese Transfers für die Kinder bekommen, sich in der Schwangerschaft besser ernähren können und so stressfreier durch die Schwangerschaft gehen, und das hat große Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder während der Schwangerschaft. Es gibt mittlerweile Studien, die zeigen, dass die Gehirnaktivität bei Kindern anschließend viel besser stimuliert wird und man so viele Prozesse in Gang setzt, die vielleicht nicht direkt sichtbar sind. Die folgenden zwei Jahren, die grundlegend für die Entwicklung eines Kindes sind, gerade wenn man an deren zukünftige Produktivität auf dem Arbeitsmarkt und ihre Rolle in der Gesellschaft denkt, sind grundlegend, und deshalb ist es wichtig, so früh anzusetzen und da die Weichen zu stellen. Jetzt noch zu den Lessons Learned, und was gut funktioniert. Eine Möglichkeit, wie man vorgehen könnte, ist das Grundeinkommen. Das ist der Versuch, diese unterschiedlichen Sozialtransfersysteme zu koppeln und einen breiten Ansatz zu fahren. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, und darauf gehen wir in der zweiten Runde ein, sehe ich es als unrealistisch an, ein Grundeinkommen aktuell umzusetzen. Ich denke, dass es wichtig wäre, hier Akzente zu setzen für die Personen, die noch stärker von der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Für mich

würde ein Grundeinkommen alleine auch nicht alle Probleme lösen. Ich hatte schon gesagt, man muss auf die Bedarfe der unterschiedlichen Gruppen gezielter eingehen. Da sind die Bedarfe von Frauen oder Kindern andere als die von Menschen mit Behinderungen, und von daher muss man da auch unterschiedliche Instrumente sinnvoll kombinieren. Vielleicht braucht die eine Gruppe einen größeren Transfer als die andere. Was sind Ansätze, die nicht so gut funktionieren, ist gefragt worden. Ich würde sagen, dass wir schon sehr viel gesehen haben, gerade in Evaluationen, was gut funktioniert. Dabei geht es darum, herauszufinden, wie man in der Ausgestaltung die Effekte noch maximieren kann. Generell funktioniert es nicht, wenn wir kein System haben, wenn Programme parallel aufgesetzt werden, wenn Programme zu komplex ausgestaltet werden und mit Konditionen versehen sind, die eine politische Wirkung haben, weil sie das Ganze akzeptabler machen, aber eine große Bürde für diejenigen Menschen darstellen, die die Auflagen erfüllen sollen. Wir haben mittlerweile genügend Studien, die zeigen, dass manche Auflagen nicht sinnvoll sind oder ihre Wirkung nicht erfüllen, die wir uns erhoffen. Daher würde ich in den Ländern, die zwar mehr Möglichkeiten durch die Digitalisierung haben, aber trotzdem gebeutelt sind, was die Kapazitätsstrukturen angeht, immer dazu raten, die Programme nicht zu komplex auszugestalten. Zu Ihrer Frage, ob es realistisch ist, die 4 Milliarden Menschen zu erreichen: Das ist eine Zielgröße, und man braucht Visionen. Es ist auch wichtig, dass wir das Recht auf soziale Sicherung international weiterverfolgen und propagieren. Ich würde ein Fragezeichen dahinter machen, ob das bis 2030 gelingt. Aber es liegt jetzt in unserer Hand, wie wir die weiteren Schritte gehen und wie die Länder, und hier gerade die besser situierten Länder, diesen Prozess mit unterstützen. Das ist ein Themenkomplex, der in der zweiten Runde noch einmal thematisiert wird. Aber für mich selbst ist die



internationale Finanzierung weiterhin ein ganz, ganz großer Faktor, um in die richtige Richtung zu gehen. Es ist eine Investition, die sich definitiv lohnt, aber wir brauchen auf jeden Fall größere Anstrengungen. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der sozialen Sicherung in unterschiedlichen Länderkontexten muss man schauen, was ist das Risikoprofil, wie sieht die Demografie eines Landes aus, und so weiter. Wir müssen da natürlich ganzheitlich denken. Vielleicht haben wir nicht so viele Menschen, die sich im Alter in Armut befinden. Eine geschickte Rentenpolitik kann dazu beitragen, die Geburtenrate nach unten zu bringen, und da können auch wir einen Beitrag liefern. Von daher glaube ich, muss man sich diese Verkettung anschauen. Generell würde ich Herrn Radermacher beipflichten, dass in vielen Ländern die steuerfinanzierte Ausgestaltung von sozialen Sicherungssystemen den Vorrang hat, einfach aufgrund der Wirtschaftsstrukturen.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank, das war eine Punktlandung. Wir kämen dann zur 2-minütigen Fragerunde Nummer 2.

Abg. **Sanae Abdi** (SPD): Vielen Dank auch nochmals von meiner Seite, dass Sie heute diese Ausführungen machen zu diesem wichtigen Thema. Meine erste Frage richtet sich an Frau Prof. Dr. Schüring: Sie hatten in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass soziale Sicherung nicht alle Probleme löst und es in Kombination gedacht werden muss zu Klimaschutz, Migrationspolitik und Katastrophenschutz. Wir sind uns einig, dass es primär die Aufgabe oder die Pflicht eines Nationalstaates ist, das Recht auf sozialen Schutz oder eine soziale Sicherung zu gewährleisten. Die Risiken und Herausforderungen, von denen Sie sprachen, stoppen nicht an den Ländergrenzen. Deswegen ist meine Frage, wie wir damit umgehen. Darüber hinaus hatten Sie darauf hingewiesen, dass soziale Sicherungssysteme

Gesellschaften resilienter gegen Krisen machen. Kann man auch sagen, dass soziale Sicherungssysteme ein Instrument der Friedenssicherung sind? Vielleicht könnten Sie darauf noch einmal eingehen. Meine zweite Frage würde ich gerne an Herrn Radermacher richten. Wie kann man die Leute in den Regierungssystemen erreichen? Wenn wir beispielsweise von der Arbeitslosenversicherung sprechen, wie erreichen wir dann diejenigen im informellen Sektor? Es ist schon so, dass die Menschen arbeiten, aber das geschieht nicht formell, und an dem Punkt wollen wir anknüpfen. Wie sind Ihre Erfahrungen? Gibt es eine Bereitschaft dafür, den informellen Sektor einzubeziehen? Danke.

Abg. Dr. **Georg Kippels** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Wir haben gehört, dass die Entwicklungsländer in unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsstufen einzuteilen sind. Es gibt Low Income Countries (LICs), Middle Income Countries (MICs) und so weiter und so fort. Gibt es eine Korrelation zwischen dieser Einordnung und die Befähigung, in ein eigenständiges und umlagefinanziertes Sozialversicherungssystem einzusteigen? Oder muss man davon ausgehen, wenn man sich mit dem Sozialversicherungsgedanken beschäftigt, dass bei den Low Income Countries im Zweifelsfall nur das steuerfinanzierte System funktioniert, während bei einer entsprechenden Ausprägung der eigenen Wirtschaftslandschaft ein umlagefinanziertes System, zumindest in groben Grundzügen, besser zu implementieren ist? Könnte das dann vielleicht aufgrund seiner Werbewirkung für einen formellen Arbeitsbereich auch zu einer entsprechenden Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung führen? Vielen Dank.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde meine Frage nicht wirklich beantwortet, Frau Prof. Dr. Schüring. Deswegen noch einmal



die Frage, was Sie genau damit meinten, dass kurzfristige Sparmaßnahmen in Zeiten von Austeritätspolitik und Schuldenkrise im Gegensatz stehen. Wie wird das langfristige Potenzial für soziale Sicherungssysteme im Globalen Süden dadurch konterkariert oder eben nicht?

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Herr Radermacher, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme führten Sie die Partnership for Economic Inclusion (PEI) auf, bei der Deutschland der größte Finanzierer ist. Könnten Sie den Ansatz und die Wirkung dieses Projekts etwas genauer darlegen und wie es insbesondere die Gleichstellung von Frauen fördert? Dann habe ich eine Frage an beide SV: Viele Menschen in den armen Ländern haben kein Konto und kaum Zugang zu den Behörden, die mit der Umsetzung der sozialen Sicherung beauftragt sind. Welche Hilfestellungen kann hierbei die Digitalisierung leisten? Gibt es Pläne für Projekte, bei denen der Aufbau sozialer Sicherungssysteme und ihre digitale Nutzbarkeit Hand in Hand gehen? Danke schön.

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Ich frage direkt Herrn Radermacher nochmals. Also, ich bin von 5 Cent weg, jetzt sind wir bei 50 Cent, das macht den Sack auch nicht größer. Das Hauptproblem ist, das BIP von Afrika liegt circa bei 3,2 Billionen USD, unterhalb von Deutschland. Das Hauptproblem ist, Afrika hat keine Arbeit und keine Umsätze. Wie lösen wir dieses Problem? Wenn ich Menschen in Arbeit bringe, zahlen die auch im formalen Sektor in soziale Sicherungssysteme ein. Wir überlegen uns jedoch, wie schaffen wir etwas, aber ohne Benefit nach hinten heraus. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen, das ist das große Problem. Wir haben gerade den Punkt Demografie gehört. Malawi hatte im Jahr 2000 11 Millionen Einwohner, 2050 gehen wir von 40 Millionen Einwohnern aus. Mosambik hat im Jahr 2000 17

Millionen Einwohnern, im Jahr 2050 65 Millionen Einwohner. Erklären Sie mir mit Ihrer Mathematik, wie Sie diese Geschwindigkeit der Demografie lösen wollen, oder über welche Zahlen reden wir hier gemeinsam? Wenn Sie sagen, wir müssen das machen, von wie vielen Dollars pro Tag, pro Mensch, reden Sie und wie funktioniert das dann? Was schwebt Ihnen da vor? Mit wie vielen Milliarden Euro rechnen Sie, die wir in soziale Sicherungssysteme einzahlen sollen und die vermutlich nie bei den Menschen ankommen werden, sondern in diesen fragilen Regierungen irgendwo untergehen. Wir sehen überall in Afrika, die Reichen werden reicher, und die Armen werden ärmer, weil diese Gelder in diesem Moloch verschwinden. Ich nenne ein Beispiel: Mosambik hatte die Fremdarbeiter, und die Deutschen haben deren Rente in den mosambikanischen Staat eingezahlt. Diese Renten sind nie angekommen, und die verklagen gerade Deutschland. Wie verhindern Sie, dass diese Gelder verschwinden? Danke.

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Meine erste Frage geht um die Kombination von Maßnahmen. Das hat dankenswerterweise Abg. Abdi schon gefragt, und deswegen schließe ich mich hier an. Und Herr Radermacher, Sie wollten noch auf meine Frage aus der ersten Runde antworten. Daran möchte ich noch eine weitere anschließen, weil mich das wirklich sehr beschäftigt. Beim Modell Malawi werden vor allem die Erwerbsfähigen angesprochen. Gibt es eigentlich irgendeine Chance, den riesengroßen informellen Sektor zu erreichen? Ist das dann auch nachhaltig, wenn der informelle Sektor erreicht wird, zum Beispiel über Cash-Transfers? Die werden wahrscheinlich in der Regel nicht privat finanziert, und das hat dann sicherlich Auswirkungen auf die gesellschaftliche und staatliche Entwicklung. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren, ob Malawi auf andere gut übertragbar wäre.



Der **Vorsitzende**: Ja, danke liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann kommen wir zur zweiten Antwortrunde, für die Sie jeweils 5 Minuten Zeit, und wir beginnen dieses Mal mit Herrn Radermacher.

**Ralf Radermacher** (Leiter des Globalvorhabens „Innovation und Lernen in der sozialen Sicherung“, GIZ): Danke, und ich beginne mit Ihrer Frage und verbinde Sie mit der Frage von Abg. Abdi, nämlich womit wollen wir den informellen Sektor erreichen. Es geht darum, dass wir gewisse Risiken absichern, und ein Risiko ist beispielsweise, was auch Abg. Abdi ansprach, Arbeitslosigkeit im informellen Sektor. Man kann das absichern, und das muss nicht in der Arbeitslosenversicherung sein. Die indische Regierung hat mit dem „National Rural Employment Guarantee Scheme“ eine 100 Tage Arbeitsgarantie zu einem festgesetzten Lohnsatz angeboten. So kann jeder und jede durch eine Art Self-Targeting im Grunde wählen und sagen, "Ich brauche das Geld.", "Ich gehe 100 Tage arbeiten.", „Ich habe nichts anderes zu tun und könnte das Einkommen gebrauchen." Es gibt in der Tat Design-Optionen, wie man Systeme schaffen kann, und das ist ein Beispiel in diese Richtung. Kurz noch zum G7 und Global Accelerator-Ziel, also 1 Milliarde Menschen in 2025, 4 Milliarden Menschen in 2030, was vom VN-Generalsekretär unterstrichen wurde. Das entspricht im Übrigen SDG 1.3, zu dem sich die Weltgemeinschaft verpflichtet hat, von daher ist es nur eine Erinnerung der G7. Das G7-Ziel ist durchaus ein Meilenstein, und wenn sie 4 Mrd. bis 2030 erreichen wollen, dann sollten wir ein Viertel zur Mitte des Jahrzehnts erreicht haben. Dann bleibt die Frage, wie das erreichbar ist. Das ist eine Frage des Willens, den wir dahinter stellen. Wenn man irgendwann zu einer Zeit, als noch niemand zum Mond geflogen war, gesagt hätte, in dieser Dekade werde ich zum Mond fliegen, dann hätte das genauso unrealistisch geklungen. Es ist aber machbar, und das ist eine

Entscheidung, die Sie und andere treffen. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Frage umlagen- versus steuerfinanzierte Systeme. Es gibt sicherlich eine Korrelation, dass man bei fortgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklung und stärkerer Formalisierung der Wirtschaft auch deutlich mehr im Endeffekt Umlage finanzieren kann. Wichtig ist, und das dürfen wir grundsätzlich bei der Debatte nicht vergessen, dass wir soziale Sicherung für alle haben wollen, und deshalb müssen wir auch mit umlagefinanzierten Systemen über eine klassische beschäftigungsgebundene soziale Sicherung nachdenken. Gerade wenn wir überlegen, wie wollen wir zum Beispiel auch bei Unpaid Care Work agieren, und das ist eine Debatte, die wir auch in Deutschland führen. Was sind die Ansprüche, die man erwerben kann? Es gibt auch Impulse aus diesen Debatten, wie wir alle Menschen erreichen können, und das finde ich ganz spannend. Vielleicht in die Richtung, gibt es irgendwo einen Tipping Point, an dem man sagen könnte, ab da macht es Sinn, soziale Sicherung einzuführen. Das geht ein bisschen in Ihre Richtung, Abg. Friedhoff. Soziale Sicherung ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und für Stabilität. Wenn Sie Wirtschaft und Arbeit in einem Land fördern wollen, dann brauchen Sie auch, selbst in einem Niedrigeinkommensland, eine gewisse Nachfrage, und die können Sie durch soziale Sicherung schaffen. Das wird nicht direkt eine globale Lieferkette sein. Das ist vielmehr dieser Local-Economy-Effekt, den ich erwähnt habe; das geht Hand in Hand. Man wartet also nicht, bis es einen gewissen Status gibt, und dann geht es zur Einführung der sozialen Sicherung. Die PEI, Abg. Gerschau, ist ein Programm, das bei der WB angesiedelt ist und im Sinne einer aktivierenden Sozialpolitik, wie wir es nennen würden, agiert. Im Grunde geht es um die Befähigung von einem Sozialtransferempfänger durch Training und auch Financial Literacy, also Sparen und dem Zugang zu Krediten, wirtschaftlich selbst aktiv zu werden.



Wo wir eine große Abwesenheit von formalen Beschäftigungsverhältnissen haben, Lösungen anzubieten und zu sagen, das kann ich selber machen. Damit haben wir hervorragende Armutsreduzierungs-effekte und Zahlen, die robust nachgewiesen sind in verschiedenen Ländern. Mit der PEI nutzt man die großen Cash-Transfer-Programme der WB als Basis, und darauf wird die aktivierende Sozialpolitik gesattelt, damit Menschen aus der Armut herauskommen. Die Digitalisierung vielleicht noch als Punkt und die Menschen, die keinen Zugang zu Konten haben. Wenn man sich die Geschichten von Mobile Money in Afrika anschaut, gibt es einen riesigen transformativen Charakter, den man nutzen kann, und das kam nicht durch soziale Sicherung. Man muss allerdings überlegen, wie sehr man das oder ähnliche Potenziale nutzen kann. In der Pandemie gab es die Möglichkeit in Pakistan, da haben sich viele Millionen Menschen per SMS bei der Regierung registriert, und haben so einen anderen Zugang, aber einen Zugang zum Regierungsapparat erhalten, um sagen zu können: Hilfe, ich brauche Unterstützung.

Der **Vorsitzende**: Danke Herr Radermacher, und nun noch Frau Prof. Dr. Schüring. Sie sind jetzt dran und haben in der zweiten Runde ebenfalls 5 Minuten zur Beantwortung der Fragen.

Prof. Dr. **Esther Schüring** (Professorin für Systeme der sozialen Sicherheit, Hochschule Bonn Rhein-Sieg): Danke schön. Ich starte mit der Frage, die ich in der ersten Runde noch nicht beantwortet habe, und zwar, warum es verheerend ist, wenn wir mit ansehen oder unterstützen, dass Länder jetzt Austeritätsmaßnahmen umsetzen. Dieser Effekt wird uns darin hindern, das Ziel bis 2030 zu erreichen, dass jeder eine soziale Absicherung hat. Viele Länder reagieren auf die gestiegenen Ausgaben zu COVID-19-Zeiten mit Einsparungsmaßnahmen, und das gerade im sozialen Bereich. Ich hatte

eingangs erwähnt, dass es gerade bei diesem investiven Charakter von sozialer Sicherung wichtig ist, rechtzeitig anzusetzen und nicht zu warten; das ist unglaublich wichtig. Indem Länder jetzt soziale Sicherungsmaßnahmen zurückfahren, haben wir genau den entgegengesetzten Effekt. Dadurch dass wir Menschen nicht absichern, haben wir im Endeffekt mit größeren Folgekosten zu kämpfen. Deswegen gilt es zu verhindern, dass die Länder, die ohnehin schon die geringste Absicherung anbieten, diese Absicherung weiter zurückschrauben. Was gibt es hier für Möglichkeiten? Ich denke, dass wir das im zweiten Block noch weiter diskutieren werden, aber da gibt es durchaus einige Ideen, wie man das anders finanzieren könnte, oder wie man es schaffen würde, dass zumindest die sozialen Bereiche, also nicht nur die soziale Sicherung, sondern auch Bildung und Gesundheit, nicht weiter beschnitten werden. Dazu gehören Umschulung, finanzielle Unterstützungen, indem man den ODA-Verpflichtungen nachkommt, und das Generieren anderer Steuervolumen in den Ländern, etc. Soziale Sicherung löst sicherlich im Alleingang nicht alle Probleme, denn da muss natürlich auch geschaut werden, wie man das sinnvoll verschränkt, gerade mit der Klimapolitik, dem Katastrophenschutz und so weiter. Da gibt es schon Ansätze, was es braucht, um diese Bereiche miteinander zu verschränken. Dazu gehört sicherlich, dass man ein institutionelles Gefüge hat, man also die entsprechenden Gremien und Behörden zusammenführt auf nationaler Ebene, aber auch internationaler Ebene, dass also auch internationale Akteure koordiniert vorgehen. Das ist auch das Bestreben des Global Accelerator und unterstützt an dieser Stelle. Wir brauchen außerdem eine gemeinsame Datenbasis, um mit den gleichen Daten zu arbeiten. Wenn man schon Daten hat und Menschen, beispielsweise in sozialen Sicherungssystemen, registriert sind, dann ist es natürlich bedeutend einfacher, sie auch im Katastrophenfall zu erreichen



und zu wissen, wer ist vulnerabel, wer ist am ehesten betroffen von einer bestimmten Katastrophe, oder wer ist chronisch arm. Deshalb müssen die Daten differenziert vorliegen. Es gibt auch programmatische Möglichkeiten, diese Bereiche zu verschränken. Es ist kein großes Programm, aber wenn wir an die Verwaltungsmechanismen denken, dann gibt es schon Potenzial, das zusammenzuführen und gemeinsame Mechanismen zu nutzen. Auch wenn wir an Transferhöhen, Targeting-Methoden und solche Komplexe denken, dann ist es wichtig, dass man sich zumindest abstimmt, wenn nicht vereinheitlicht. Ich würde sagen, dass es einen Beitrag zur Friedenssicherheit gibt. Wir haben in fragilen Kontexten gesehen, dass es zu einer Befriedung unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen geführt hat. Nepal ist ein klassisches Beispiel, wo soziale Sicherung eine große Rolle im Land selber gespielt hat. Das ist in dem Sinne logisch, dass soziale Sicherung durchaus diese Wirkung haben kann. Wenn wir Ungleichheiten bekämpfen können, dann hat das einen wichtigen Effekt auf nationaler, aber auch internationaler Ebene. Hier kommt es in fragilen Kontexten darauf an, wie soziale Sicherungssysteme ausgestaltet sind, dass sie nicht diskriminieren und dementsprechende Voraussetzungen schaffen. Das Thema „Konto und Zugänge“ finde ich ein sehr spannendes Thema. Durch die Erfahrungen der letzten Jahre hat man genug Potenzial gewinnen können, um zu sagen, dass die Länder da unglaubliche Fortschritte gemacht haben. Es ist durchaus möglich, Menschen diese Zugänge weiterhin zu gewähren, und die Länder des Globalen Südens sind da manchmal um einiges fortschrittlicher als einige Länder in Europa. Da gibt es gute Praktiken, wie in Namibia, wo sich bis zu 10 Personen ein Handy geteilt haben. Es gibt auch Länder, die haben Handys verteilt als zusätzlichen Bonus im Rahmen eines sozialen Sicherungsprogramms. Es gibt also schon fantastische Möglichkeiten im Rahmen der Digita-

lisierung, aber man sollte Systeme auch parallel aufsetzen und weiterhin analoge Möglichkeiten nutzen, damit hier auf jeden Fall kein Hinderungsgrund entsteht.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank an unsere beiden SV. Es gäbe sicherlich noch vieles zu sagen, aber wir sind am Ende unseres ersten Themenblocks angekommen. Ich habe mir gemerkt, dass es nicht zu komplex und schwierig sein darf, denn ansonsten hat man keinen Zugang. Ich glaube, das ist eine gute Erkenntnis für uns alle. Vielleicht noch ein kleines Beispiel aus Timor-Leste: Dort sind die Einkommen aus den fossilen Ressourcen in einen Fonds gespeist worden, aus dem nun die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden. Das haben wir auch in Norwegen sehen können. Herzlichen Dank nochmals an Frau Prof. Dr. Schüring und Herrn Radermacher, die ich hiermit entlasse.

Wir kommen zum Themenblock 2: „Finanzierung und Implementierung von sozialen Sicherungssystemen“. Wir haben dazu 3 SV eingeladen. Ich darf hier im Saal zunächst Herrn Florian Juergens-Grant zu meiner Linken begrüßen. Dann folgt Frau Dr. Annette Niederfranke und schließlich Herr Arthur van de Meeren-donk. Ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen. Wir starten jetzt mit den 4-minütigen Eingangsstatements, und ich schlage vor, wir beginnen in alphabetischer Reihenfolge mit Herrn Florian Juergens-Grant.

**Florian Juergens-Grant** (Social Protection Project Manager, Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing, WIEGO): Vielen Dank für die Einladung. Ich arbeite für WIEGO. WIEGO ist ein globales Netzwerk, das sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der armen Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders Frauen, in der informellen Wirtschaft einsetzt. Informelle Arbeit findet an Arbeits-



plätzen in Unternehmen statt, die nicht staatlich reguliert oder geschützt sind. Weltweit arbeiten etwa 2 Milliarden Menschen, also etwa 60 % aller Erwerbstätigen weltweit und 70 % aller Erwerbstätigen im Globalen Süden, in der informellen Wirtschaft. Es sind zwar nicht alle informellen Arbeiter arm, aber das Armutsrisiko ist in der informellen Wirtschaft höher. Ein erheblicher Teil der informellen Arbeiterinnen und Arbeiter arbeiten als Hausangestellte, Heimarbeiter\*innen (gerade in der Textilindustrie), als Straßenverkäufer\*innen, Müllsammler\*innen, Landarbeiter\*innen oder im Baugewerbe, also in vielen verschiedenen Sektoren. Es ist wichtig zu wissen, dass die Struktur der informellen Beschäftigung stark geschlechterspezifisch geprägt ist. Die Arbeit von Frauen in der informellen Wirtschaft ist oft durch niedrigere Verdienste, längere Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und unbezahlte Betreuungsarbeit gekennzeichnet. Ökonomen sind lange davon ausgegangen, dass mit Wirtschaftswachstum die informelle Wirtschaft letzten Endes verschwindet, aber das scheint nicht zu passieren und die Zahl von prekär angestellten Arbeitern und Arbeiterinnen steigt sogar an. Informalität wird erst einmal bei uns bleiben. Daher ist es nicht nur wichtig, dass wir Arbeit schaffen, sondern, wir müssen uns auch mit der Arbeit, der die meisten Menschen nachgehen, beschäftigen und eine bessere Qualität dieser Arbeit in den Blick nehmen und gewährleisten. Wir brauchen nicht nur mehr formelle Jobs, wir müssen auch die Qualität der Arbeit insgesamt verbessern. Zu menschenwürdiger Arbeit gehört auch, dass alle Arbeiter und Arbeiterinnen, formell und informell, Zugang zu adäquater sozialer Sicherung haben; das ist im Allgemeinen nicht der Fall. Informelle Arbeiter und Arbeiterinnen sind generell ausgeschlossen von sozialen Sicherungssystemen. Sie sind die sogenannte fehlende Mitte von Systemen. Als Erwachsene im erwerbsfähigen Alter sind sie oft nicht schutzbedürftig und arm genug für Sozialhilfe,

haben aber oft nicht genug Geld für private Versicherungen, da sie nicht in normalen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind; sie sind also ausgeschlossen von beschäftigungsbezogenen Sozialversicherungssystemen. Die Kosten von ausschließenden Systemen haben wir in der COVID-19-Pandemie festgestellt und gesehen, welche negativen Konsequenzen das für die Mehrheit der Arbeiter\*innen auf der Welt hatte. WIEGO hat dazu zum Beispiel eine Studie gemacht. Während eines Jahres in der Krise haben der durchschnittliche informelle Arbeiter und die Arbeiterin nur 60 % des Einkommens, das sie vor der Krise hatten, erhalten. Frauen wurden dabei unverhältnismäßig stark betroffen und hatten noch höhere Verluste im Vergleich zu den Vor-COVID-19-Einkommen, und sie haben länger gebraucht, das aufzuholen. Eine Lehre aus der Pandemie ist, dass wir Systeme vor einer Krise aufbauen müssen und nicht erst, wenn die Krise passiert ist. Es war nämlich sehr schwer für viele Regierungen, die informellen Arbeiter\*innen in der Krise zu erreichen, denn sie waren nicht in Datenbanken integriert. Viele informelle Arbeiter\*innen konnten somit nicht von den sozialen Sicherungssystemen erreicht werden, und das war in der Krise eine Katastrophe. Jetzt ist die Zeit vor der nächsten Krise, die sicherlich kommen wird, und wir müssen die sozialen Sicherungssysteme aufbauen, damit wir zukünftig schneller, besser und effektiver reagieren können. Das wird nicht einfach, weil die Finanzierungslücken in den ärmsten Ländern massiv hoch sind. Ein Großteil der Länder wird zumindest den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme mitfinanzieren können, aber sie brauchen dabei weitere Unterstützung. Die deutsche EZ sollte eine leitende Rolle bei der Gestaltung und Finanzierung eines neuen globalen Fonds zur sozialen Sicherung einnehmen, und gleichzeitig sollte sie sich mehr auf Sozialversicherungssysteme und die Anpassung dieser Systeme an informelle Arbeiter\*innen fokussieren. Die Sozialversicherung, die wir erfunden



haben, sollten wir an die Realität der meisten Arbeiter\*innen der Welt anpassen, damit sie in diese Systeme integriert werden können. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich hatte vergessen zu erwähnen, dass Sie bei WIEGO arbeiten, und Sie sind von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen worden. Wir kommen nun zu Dr. Annette Niederfranke. Sie sind Direktorin der Repräsentanz der ILO in Deutschland. Sie sind von der Fraktion der CDU/CSU als SV vorgeschlagen worden. Sie haben das Wort, Frau Dr. Niederfranke.

Dr. **Annette Niederfranke** (Direktorin, ILO-Repräsentanz in Deutschland): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der weltweite Finanzierungsbedarf für soziale Sicherungssysteme ist immens. Sie sehen das, wenn Sie sich die Tabelle für einzelne Länder auf Seite 2 meiner Ausführungen ansehen. Ich möchte gerne in 5 Punkten zu dem Komplex Stellung nehmen. Erster Punkt: Für die ILO ist völlig klar, dass für die Sozialsysteme in erster Linie die Länder selbst verantwortlich sind. Ziel ist es also keinesfalls, durch welche Art von EZ auch immer, neue Abhängigkeiten zu schaffen. Wir wollen Länder in die Lage versetzen, dauerhaft und eigenverantwortlich sozialen Schutz durchzuführen. Wie das geht: Erweiterung der Einnahmehbasis durch die Formalisierung der Wirtschaft, Verbesserung der Steuerbasis, internationale Initiativen gegen Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländern u.a. Darüber können wir später noch sprechen. Zweiter Punkt: Es ist gleichzeitig völlig klar, dass nicht alle Länder schon heute in der Lage sind, dies zu tun. Daher ist internationale Unterstützung mehr denn je ein essenzieller Bestandteil beim Aufbau bzw. bei der Erweiterung von Sozialsystemen. Um lediglich einen universellen Basisschutz zu gewährleisten, schätzen wir allein für Nigeria,

dass dort 4,6 % des Bruttosozialproduktes investiert werden müssen. In Indien sind es 248 Mrd. USD. Sie sehen, das sind Größenordnungen, das schaffen die nicht alleine. Dritter Punkt: Um wirklich erfolgreich zu sein, ist ein konsolidierter Ansatz notwendig, d.h. finanzielle Unterstützung und Hilfe müssen an den Aufbau von Strukturen und Organisationen vor Ort gekoppelt sein, um den Weg hin zu Selbstfinanzierung sowie Selbstverantwortung und gegen Korruption zu ebnen. Konkret heißt das, internationale Finanzierung kann nur im Einklang mit nationalen Anstrengungen und Reformen bereitgestellt werden. Grundsätzlich, und das ist die schlechte Botschaft, gibt es keine One-Size-Fits-All-Lösung, sondern wir müssen die Länder ganz genau anschauen und passgenaue Lösungen finden. Wir haben eine Reihe von Empfehlungen innerhalb der ILO erarbeitet, wie das auf steuerlicher Basis oder über die Etablierung von Versicherungssystemen passieren kann. Vierter Punkt: Ein sehr gutes Instrument liegt mit dem „Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions“ auf dem Tisch, weil er die Entwicklung von Arbeitsplätzen fördert, die Social Protection mitdenkt und die Bedingungen des Klimawandels mit hineinnimmt. Dieses Instrument ist ganz ausdrücklich als globales Instrument gedacht, und so arbeiten die VN-Organisationen, unter Führung der ILO, gemeinsam mit den Finanzinstitutionen und mit der Entwicklungshilfe einzelner Länder, zum Beispiel Deutschland, zusammen. Bündelung ist wichtig, und die ILO tritt hier ganz klar für einen rechtebasierten Ansatz von Sozialleistungen ein. Sozialleistungen für Kinder, Arbeitslose, Mütter, ältere Menschen, um nur diese Basispunkte zu nennen, müssen gesetzlich geregelt sein und verlässlich bei den Menschen ankommen. Das ist unser Hauptmandat, dies in den Ländern mit aufzubauen, und das muss immer gekoppelt sein. Reine Transferleistungen sind für humanitäre Hilfe unbedingt nötig, aber



wenn wir so etwas aufbauen wollen, müssen wir Strukturen schaffen. Fünfter und letzter Punkt: Eine besondere Herausforderung für die Zukunft ist das Risiko von Naturkatastrophen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen. Das ist ein komplett neuer Aspekt der sozialen Sicherungssysteme, den wir unbedingt einbeziehen müssen. Sozialschutz kann in dieser Richtung zwei Dinge erreichen: Zum einen Menschen bei der Bewältigung von Klimakrisen, wie Ernteausfallversicherungen, zu unterstützen, und zum anderen können Sozialsysteme direkt zur Eindämmung des Klimawandels beitragen, weil man Menschen hilft, in neue Beschäftigungsformen zu kommen. Das ist die Idee der Just Transition, also des gerechten Übergangs in neue Arbeit. Damit will ich es jetzt bewenden lassen und später mehr.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun kommt Arthur van de Meerendonk. Sie sind Associate Professor in „Social Protection Financing“ an der VN-Universität in Maastricht und an der Bonn-Rhein-Sieg TU in St. Augustin. Sie sind von der Fraktion der SPD vorgeschlagen und haben nun das Wort.

**Arthur van de Meerendonk** (Associate Professor in „Social Protection Financing“, VN-Universität, Maastricht / Bonn-Rhein-Sieg TU, St. Augustin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Es ist mir eine große Ehre, im Deutschen Bundestag sprechen zu dürfen. Bitte entschuldigen Sie, dass ich meinen Beitrag nicht auf Deutsch halte. Auch wenn ich Ihre Sprache beherrsche, so beinhaltet mein Beitrag doch einige sehr spezielle Fachbegriffe, weshalb ich mich auf Englisch wohler fühle. „Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen im Globalen Süden“, warum ist dieses Thema so wichtig. Nun, in weiten Teilen der Welt fehlt noch immer jegliche soziale Sicherung. Neben politischen Entschei-

dungen, die ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, sind vor allem die unzureichend ausgebauten Finanzierungssysteme ein ausschlaggebender Faktor. Beim erstgenannten Aspekt, den politischen Entscheidungen, handelt es sich primär um eine moralische Frage. Der zweite Aspekt, die Finanzierung, betrifft hingegen die technische Umsetzung. Ihren Ausführungen hinsichtlich sozialer Sicherung als Menschenrecht stimme ich voll und ganz zu. Ich möchte mich im Folgenden jedoch mehr den technischen Aspekten der Finanzierung zuwenden. Ein Thema, das in den Diskussionen immer wieder zur Sprache kommt, ist die Frage der Bezahlbarkeit. Lange Zeit herrschte die Auffassung, ein solides soziales Sicherungssystem sei für manche Länder schlicht unerschwinglich. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Meiner Meinung nach ist da etwas Wahres dran. Die alte Schule argumentiert jedoch weiter, dass sich diese Länder folglich nur eine sehr geringe soziale Sicherung leisten könnten und diese nur für die Ärmsten der Armen. Im Grunde wird die These vertreten, dass die betroffenen Länder abwarten müssten, bis sie einen höheren Wohlstand erlangten. Dieses Argument aus der sogenannten „Trickle-Down-Ökonomie“ zieht sich durch weite Teile der traditionellen Literatur. Auch der IWF und die WB haben lange Zeit diese Sichtweise vertreten. Wir müssen jedoch nur unsere eigene Erfolgsbilanz, unsere eigene Geschichte, anschauen, um zu erkennen, dass dies nicht stimmt. Soziale Sicherungssysteme und Industrialisierung haben sich parallel entwickelt, wie Herr Radermacher bereits ausführte. Diese Erfahrung lässt sich auch auf die meisten Länder des Globalen Südens übertragen. Die Entwicklung kann dort ebenfalls Hand in Hand gehen, und sie können sich, wie einst Baron von Münchhausen, am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Dazu braucht es lediglich die richtigen politischen Prioritäten und ein wenig technische Unterstützung seitens der internati-



onalen Gemeinschaft. Dies gilt jedoch nicht für eine kleine Gruppe von Low-Income Countries, denn sie brauchen zumindest für eine gewisse Zeit finanzielle Unterstützung, um den Anschluss zu bekommen. In meiner schriftlichen Stellungnahme, die ich für diese Debatte eingereicht habe, plädiere ich für die Einrichtung eines globalen Hilfsfonds. Das ist nichts Neues. Neu ist jedoch, dass ich anhand von zwei konkreten Beispielen aufzeige, wie dies im Detail aussehen könnte. Unter dem Gesichtspunkt der Governance ist wichtig, dass Bedingungen für die erfolgreiche Umsetzung dieses Ansatzes aufgestellt werden. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bitte entschuldigen Sie die Übertretung der Zeit.

Der **Vorsitzende**: Danke sehr, Herr van de Meerendonk. Wir kommen nun zur ersten 2-minütigen Fragerunde zum Themenblock 2.

Abg. **Sanae Abdi** (SPD): Ich würde es bevorzugen, meine Fragen auf Deutsch zu stellen. Erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen zu dieser wichtigen Fragestellung, die mit den zuvor besprochenen Thematiken einhergehen muss. Meine erste Frage richtet sich an Herrn van de Meerendonk. Welche Einnahmequellen der Partnerländer halten Sie für erfolgversprechend oder am erfolgversprechendsten, damit die Länder langfristig in der Lage sind, finanziell für soziale Sicherungssysteme selbstständig aufzukommen? Haben Sie da konkrete Beispiele? Dann würde ich gerne darauf eingehen wollen, dass wir Steuerreformen brauchen, wenn wir nachhaltige Strukturen aufbauen wollen, die von selbst tragfähig sind. Welche Partnerländer sind da besonders willig in Bezug auf Steuerreformen und vor allem auch in Bezug auf eine progressive, sozial gerechte Steuerpolitik? Haben Sie da vielleicht auch Beispiele? Meine weitere Frage würde ich gerne an Frau Dr. Niederfranke richten. Wie können wir vermeiden, dass wir bei der Etab-

lierung von einer Finanzarchitektur nur mit Big Win Countries vorangehen, und würde ein solches Vorgehen dann das eigentliche Ziel verwässern? Vielleicht könnten Sie darauf eingehen. Vielen Dank.

Abg. Dr. **Georg Kippels** (CDU/CSU): Vielen Dank auch meinerseits für die Ausführungen. Wir haben in den Ausführungen den treffenden Hinweis bekommen, dass die Länder im Zweifelsfall nicht in Lage sind, aus eigener Kraft und mit ihrer eigenen Rechtsgestaltungsmöglichkeit diese Aufgabe zu schultern. Insofern braucht es eine entsprechende Assistenz. Die multinationalen Organisationen, allen voran der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM), sind ein probates Format, um kollektiv und mit einem entsprechenden Skalierungseffekt solche Aufgabenstellungen für Entwicklungsländer zu bewältigen. Hier haben wir einen relativ intensiven innerstaatlichen Gestaltungsprozess, der über das Erreichen der Bevölkerung mit bestimmten Leistungen, wie beim Impfen oder der Gesundheitsversorgung, hinausgeht und ganze Strukturen bilden kann. Bewerten Sie Ihrerseits, gerichtet an Herrn Juergens-Grant und Frau Dr. Niederfranke, dieses Format wirklich als ein geeignetes Format, oder braucht es nicht eine im Grunde genommen bilaterale Diskussion, vielleicht aus einer multistaatlichen Organisation, aber nicht im Sinne einer multinationalen Organisation? Ich war in der vergangenen Woche in Südafrika und Namibia, und bei der Eigenanalyse der Probleme, der weiteren Entwicklung und des Wachstums fällt dort immer wieder das Wort Korruption. Wir haben es also mit einem Geldverteilungsmechanismus zu tun, das heißt, Leistungen zu erbringen, die aber in irgendeiner Form refinanziert werden müssen. Welche wirkungsvollen Instrumentarien sehen Sie, um bei einer latenten Korruptionsgefahr, dies in irgendeiner Form vorrangig in den Blick zu nehmen und Schutzmechanis-



men zu etablieren, damit ein Sozialversicherungssystem nachhaltig und dauerhaft wachsen und seine Leistungen erbringen kann? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: An wen ging die Frage, Herr Kippels? Dann kommen wir zu Frau Düring.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Fragen gehen zunächst an Herrn Juergens-Grant. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen auf der Welt arbeitet informell; das hat Abg. Abdi in der ersten Runde schon betont. Meines Kenntnisstandes arbeiten circa 2 Milliarden Menschen, also 61 % aller Erwerbstätigen und rund 70 % der Erwerbstätigen in den Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen in der informellen Wirtschaft. Das heißt, 90 % der arbeitenden Bevölkerung arbeiten informell in Ländern mit niedrigem Einkommen. Informell Arbeitende werden in Bezug auf soziale Sicherung oft als sogenannte "Missing Middle" bezeichnet. Können Sie vielleicht die Vielfältigkeit von informell Arbeitenden und ihre Lebensrealitäten in diesem Rahmen kurz erläutern und warum sie bisher kaum sozial abgesichert sind, und darauf aufbauend, was können wir dagegen tun? Die zweite Frage an Sie: Soziale Sicherungssysteme, auch das kam bereits häufiger heraus, sind extremst unterfinanziert im sogenannten Globalen Süden. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung haben wir den Einsatz für einen sogenannten globalen Fonds für soziale Sicherung vereinbart. Worauf sollte im Rahmen eines rechtsbasierten Ansatzes für universelle soziale Sicherung bei der Ausgestaltung eines internationalen Finanzierungsmechanismus zur temporären Mitfinanzierung von solchen sozialen Grundsicherungen geachtet werden? Falls es von den anderen SV weitere Einschätzungen gibt zu der Frage, wie dieser Fonds finanziert werden sollte oder wie er strukturiert werden sollte und worauf wir besonders achten sollten, dann

würde ich mich sehr darüber freuen. Vielen Dank.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Ich habe heute gehört bzw. in den Stellungnahmen gelesen, nämlich bei Herrn Radermacher und auch bei Frau Dr. Niederfranke, dass fast alle MICs ihren sozialen Basisschutz selbst finanzieren könnten. Da frage ich mich, warum sollte die deutsche EZ hier noch Unterstützung leisten, das macht doch allenfalls auf dem Beratungsbe- reich Sinn. Habe ich das richtig verstanden? Wenn diese Länder des Globalen Südens konsequenter berechnete Steuermittel in ihren Ländern mobilisieren könnten, also konsequent einforderten, dann wären die Länder in der Lage, alleine ihren sozialen Basisschutz zu finanzieren. Meine Frage also an alle 3 SV, vielleicht sogar in einem Satz zu beantworten. Worauf sollte die deutsche EZ ihre Unterstützung konzentrieren?

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Vielen Dank für die Ausführungen. Ich habe eine Frage an alle SV. Was würde es Deutschland konkret kosten, soziale Sicherungssysteme im Globalen Süden zu stärken beziehungsweise durchzusetzen? Welche Risiken sehen die SV für Deutschland beim Aufbau beziehungsweise Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Globalen Süden? Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Radermacher.

Der **Vorsitzende**: Den können Sie in dieser Runde nicht mehr fragen.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Ach so, okay. Dann war es das.

Der **Vorsitzende**: Sie können die Frage auch an die SV dieser Runde richten.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Nein, das nicht.



Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Meine Fragen richten sich an Herrn van de Meerendonk und Frau Dr. Niederfranke. Wir hatten vorhin schon das Thema Austeritätspolitik als Hemmschuh bei der Errichtung bzw. dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Nun haben Sie, Herr van de Meerendonk, unter anderem gesagt, dass die Einnahmequellen für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme aus den Partnerländern kommen müssen. Der Vorschlag, die Verbesserung des Steueraufkommens in den Partnerländern zu erhöhen, ist sicherlich richtig. Ich habe allerdings den Eindruck, dass in der gesamten Debatte zu kurz kommt, dass es mehr internationale Steuergerechtigkeit geben muss, dass es eine Eindämmung des jährlichen massiven Kapitalabflusses aus den Ländern des Südens geben muss und dass eine entsprechende Einspeisung in die sozialen Sicherungssysteme vor Ort angemessen wäre. Meine Frage geht in diese Richtung. Sehen Sie das genauso, dass diese Debatte zu kurz kommt, oder wird das bereits in verschiedenen Konzepten mitgedacht?

Der **Vorsitzende**: Jetzt bekommen die SV zur Beantwortung der Fragen jeweils 7 Minuten Redezeit. Ich schlage vor, wir machen es in derselben Reihenfolge wie vorhin, also fangen Sie, Herr Florian Juergens-Grant, an.

**Florian Juergens-Grant** (Social Protection Project Manager, Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing, WIEGO): Ich versuche, die Fragen zu beantworten und fange mit der Frage von Abg. Dr. Kippels an, ob ich Präferenzen zur multi- oder bilateralen Finanzierung habe. Nicht wirklich. Ich denke, ein Risiko mit der bilateralen Finanzierung ist, dass beispielsweise das malawische Finanzministerium mit 10 verschiedenen Programmen umgehen muss, was zu hohen Transaktionskosten und zu nicht sehr kohärenten oder koordinierten Systemen führen kann. Wenn man

das multilateral organisiert, kann das systemischer sein. Aber wichtiger ist die Qualität der Unterstützung und durch welche Mechanismen das kommt. Man kann dennoch in vielen Ländern, gerade in jenen mit viel EZ, beobachten, dass jedes Land sein eigenes Programm hat, und das ist nicht effizient. Zur Korruption: Das ist ein Problem in vielen Ländern, eigentlich überall. Im Hinblick auf soziale Sicherung gibt es zwei Sachen, die wichtig sind: 1.) Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft als Watchdog und als Teil der Prozesse ist unglaublich wichtig, weil diese auch eine Transparenzfunktion einnehmen können. 2.) Gerade wenn wir uns Sozialversicherungen anschauen, haben diese einen Vorteil gegenüber steuerfinanzierten Systemen, denn es sitzen hier Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierung um einen Tisch, alle haben eingezahlt, alle haben ein Interesse am Gelingen, und das hilft auch bei der Governance und kann vielleicht bei der Korruptionsbekämpfung helfen. Zur Frage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Lebensrealität und Vielfältigkeit: 2 Milliarden Menschen, also die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung auf der Welt, und das ist eine sehr große, heterogene Kategorie. Ich habe noch einmal darüber nachgedacht, was die gegebenen Theorien sind und warum es Informalität gibt. Fakt ist, viele davon sind in verschiedenen Kontexten wichtig. Es gibt sowohl informelle Selbständige als auch informelle Lohnarbeiter in verschiedenen Sektoren. Ganz wichtig für das Design der sozialen Sicherungssysteme ist, dass die Selbständigkeit einen großen Anteil der informellen Wirtschaft einnimmt: 60 % in Südasien und etwa die Hälfte im südlichen Afrika. Das hat Konsequenzen für die Art, wie wir soziale Sicherungssysteme designen müssen, weil die ja doch noch auf das traditionelle, langfristige Beschäftigungsverhältnis ausgerichtet sind. Ich habe gestern mit Arthur geredet, - Entschuldigung, dass ich das teile - weil er eine sehr schöne Uhr hat. Ich habe gefragt,



wo er sie her hat, und er hat berichtet, dass er sie von seinem Vater bekommen hat. Weil dieser 20 Jahre in derselben Firma gearbeitet hatte, hat er damals eine goldene Uhr bekommen. Das gibt es heutzutage sehr viel weniger, und eine Anpassung der Systeme an die komplexere Arbeitswelt ist super wichtig. Es wurde über geschlechterspezifische Segmentierung gesprochen. Bei WIEGO haben wir eine Pyramide, auf der das Einkommen in der informellen Arbeit dargestellt ist. Es sind nicht alle arm, es gibt auch informelle Arbeiter oder Selbständige, die auch in Entwicklungsländern gutes Geld verdienen. Sie sind an der Spitze der Pyramide, aber Frauen sind dann generell am unteren Ende. An der Basis der Pyramide sind die in den Textil-Lieferketten, mit sehr wenigen Rechten, sehr geringem Einkommen, sehr wenig Kontrolle über ihre Arbeitsart. Zum globalen Fonds: Ich habe ihn in meinen Notizen erwähnt, und wir haben schon darüber geredet, dass die sozialen Sicherungssysteme im Globalen Süden langfristig nicht von uns getragen werden können. Wir brauchen Ownership, wir brauchen Nachhaltigkeit und es ist wichtig, dass wir nicht zu sehr diktieren, wie die Systeme aussehen sollen. Wenn es einen neuen globalen Fonds oder irgendeine Form von Finanzierung geben soll, dann müssen die Regierungen von Empfängerländern die volle Verantwortung für ihre sozialen Sicherungssysteme behalten. Förderkriterien sollten sehr limitiert sein und sich nur vielleicht auf die Richtlinien der ILO fokussieren, also Nichtdiskriminierung, Transparenz und Beteiligung der Zivilgesellschaft. Wir brauchen eine Rechenschaftspflicht in diesem System, und das braucht auch die Integration und die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Gewerkschaften; diese Teilhabe ist super wichtig. Ich weiß, es wird viel geredet über diesen Mechanismus, wie er aussieht, wie viel Geld es geben wird, oder auch nicht. Mehr Investitionen in technische Unterstützung kön-

nen und sollten wir machen, und das beantwortet vielleicht auch die Frage von der FDP. TZ ist wichtig für die Mehrheit der Länder, die ihre Systeme zum großen Teil selbst finanzieren können, und da sollte unsere Unterstützung hingehen; Ralf und seine Kollegen von der GIZ sind da wichtig. Aber es gibt diese 10, 15, 20 Länder, die es einfach nicht kurzfristig und auch nicht mittelfristig alleine finanzieren können, und da ist eine Entscheidung für uns als globale Gesellschaft, ob das akzeptabel ist oder nicht. Wenn wir sagen, es ist nicht akzeptabel, wir brauchen auch dort soziale Sicherung, weil wir uns dazu verpflichtet haben, dann brauchen wir aber auch richtig viel Geld für den Aufbau dieser Systeme. Dann geht es nicht nur um Beratung, sondern auch um Geld. Das ist so, und das muss allen bewusst sein. Was würde es kosten? Das kann ich nicht beantworten, tut mir leid. Das hängt von den Ländern ab, mit denen wir reden. Wer wird von den Systemen erreicht? Auch das kann ich nicht beantworten, denn das ist sehr kontextspezifisch. Zu den Risiken: Ich meine, welche Risiken sollte eine soziale Sicherung haben, die Leute sind zu gesund und zu produktiv? Ernsthaft, ich kann mir keine Risiken vorstellen. Es ist sicherlich ein Risiko, dass wir es falsch angehen, indem wir zu sehr unsere Form aufdrücken und es nicht von den Partnern gestaltet wird. Es kann jetzt durchaus einen Push für ein paar Jahre geben, in denen wir Länder beim Aufbau der sozialen Systeme unterstützen. Wenn es aber nicht gelingt, deren Ownership zu etablieren, wenn wir sie nicht mitziehen und nicht helfen in 10 bis 15 Jahren eine eigene Finanzierung hinzubekommen, dann ist das ein Risiko, und das ist dann nicht gut.

Der **Vorsitzende**: Sie müssen Ihre Redezeit nicht ausschöpfen. Wenn Sie alle Fragen beantwortet haben, ist es sehr gut.



**Florian Juergens-Grant** (Social Protection Project Manager, Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing, WIEGO): Ich denke ja. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Ihre Redezeit ist in dieser Sekunde auch vorbei. Wir kommen also zu Frau Dr. Annette Niederfranke.

Dr. **Annette Niederfranke** (Direktorin, ILO-Repräsentanz in Deutschland): Ich komme zu der Frage, die von mehreren gekommen ist, nämlich wie die Auswahl der Länder ist, und wie man dabei eigentlich vorgeht. Es ist ein entscheidender Faktor, dass man EZ oder die Unterstützung der Länder nicht von außen machen kann, sondern man muss in den Ländern mit einer Analyse starten und sich dann gemeinsam auf Länder einigen. Man muss vor Ort die Regierungen im Blick haben, die möglichen Arbeitgeber im Blick haben und die Gewerkschaften im Blick haben. Das ist das Prinzip, mit dem die ILO arbeitet, immer alle drei Partner einbinden, und nicht von außen mit der Lösung hineingehen, sondern in die Strukturen einbeziehen und dann gemeinsam eine passgenaue Form finden. Es gibt es eine Vorstellung davon, und da sind sich alle 187 Länder, für die wir verantwortlich und die ILO-Mitglieder sind, einig, dass die Themen Kinder, Kindheit, Behinderung, Mutterschaft, Alter oder Arbeitslosigkeit Basissozialpunkte sind, mit denen man starten kann, - und Gesundheit natürlich. Das sind die Basics, wenn wir über Basisabsicherung reden. Und dann ist es entscheidend, in die Länder zu schauen, wo es Anknüpfungspunkte gibt. Bei den Ländern, wo es keine Anknüpfungspunkte gibt, müssen wirklich größere Anstrengungen unternommen werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich möchte auf die Frage der Skalierung, und was wir als deutsche EZ tun können, eingehen. Vergessen Sie nicht beim AwZ, dass Deutschland bei der WB, beim IWF, bei anderen internationalen VN-Organisationen, wie der ILO,

UNICEF usw., überall einzahlt. Es geht also wirklich nicht immer darum, zu schauen, was man noch zusätzlich eigenständig neu machen kann, sondern es geht darum, eine Konsolidierung in Anspruch zu nehmen und zu bündeln. Es ist entscheidend, die Anstrengungen zu bündeln und sie nicht nebeneinander herlaufen zu lassen. Das ist der große Vorteil von konsolidierten Maßnahmen wie dem Global Accelerator oder einem globalen Sozialfonds oder einem Klimafonds, dass man gemeinsam losmarschiert und damit eine größere Hebelwirkung und Skalierung hat. Die Frage der Korruption ist eine ernste Frage. Wir haben das in asiatischen Ländern gesehen, aber das können Sie auch überall anders sagen, ich wollte da kein Kontinent-Bashing betreiben. Es gibt oft keine Bankkonten. Es gibt keine Adressen, das heißt, es gibt viele Zwischenstellen. Da bietet die neue Technologie tatsächlich die Möglichkeit, Menschen mit Smartphones auszustatten, sodass sie direkt, auch diejenigen im informellen Bereich, einsteigen können. Ich würde auch die Kreativität der Länder nicht unterschätzen. Ich nenne ein Beispiel, das mich sehr beeindruckt hat: In Uruguay gibt es das Mono-Tax-System. Mit ihrer Steuerabführung können Selbständige und Kleinstunternehmer vereinfacht Sozialabgaben abführen, die dann wieder zurückfließen. Es gibt sehr viel kreativere Möglichkeiten als die, die wir sehen. Ein guter Wächter sind im Übrigen auch internationale Konzerne, die in Länder gehen wollen, denn sie haben ein hohes Interesse daran, dass sie nicht ständig in ein Bashing hineinkommen. Die kann man als Hebel in solche Programme durchaus hineinnehmen. Das ist eine neue Entwicklung, auch mit dem Lieferkettengesetz, was man gut sehen kann. Die Frage von der FDP war, ob wir dazu deutsche EZ brauchen. Ja, natürlich brauchen wir die, aber wir brauchen sie eingebunden, angedockt, vernetzt und gestaltet von deutscher Seite mit den internationalen Playern. Dieses Potenzial ist vorhanden, und da passiert auch was. Die ILO arbeitet



im Moment bei diesem Sozialthema sehr intensiv mit der GIZ zusammen und auch mit anderen Ländern und mit Regierungen, wie mit den Niederlanden oder mit Norwegen. Diese Art von Zusammenspiel der Kräfte ist ein entscheidender Punkt. Wenn man unter diesem Dach sieht, dass ein ganz spezielles bilaterales Abkommen sinnvoll ist, dann macht man das, aber das ist dann immer anschlussfähig und eingebettet. Zur Frage der verschiedenen finanziellen Möglichkeiten: Natürlich hat das Ding einen globalen Aspekt der Umschuldung, und das ist völlig richtig. Es hängt von den Ländern ab. Es gibt Länder, da kann man viel beraten und machen, aber es gibt durchaus auch die Frage, dass man das international zusammen mit dem IWF und der WB klären muss. Dieser Komplex muss in dieses Thema hineingenommen werden. Ein ganz großer Punkt ist auch, dass man die Bereiche der informellen Wirtschaft oder der nicht gesehenen Arbeit, wie Hausangestellte usw., in die soziale Sicherung mit hinein bekommt. All das, wo wir bisher noch keine Strukturen haben, sollte ins Blickfeld kommen. Noch ein letzter Punkt: Tatsächlich dürfen wir die Sozialpartner nicht vergessen. Wenn es Arbeitnehmervertretungen gibt, dann sind sie dabei, und wenn es sie nicht gibt, müssen sie aufgebaut werden. Dazu gehören aber auch Unternehmen, die ein Interesse daran haben, dass die Arbeit stabil läuft. Das ist ein Punkt, den man tatsächlich mitnehmen sollte. Habe ich etwas vergessen?

**Der Vorsitzende:** Vielleicht eine Frage, die Sie nicht ganz beantwortet haben: Wären die Nationalstaaten generell in der Lage, das selbst zu machen.

**Dr. Annette Niederfranke** (Direktorin, ILO-Repräsentanz in Deutschland): Nein, natürlich nicht. Ich habe deutlich gesagt, sie sind nicht in der Lage, das selbst zu machen. Mein Punkt war allerdings, dass wir keine Systeme überstülpen und vereinnahmen können, sondern

wir müssen die Eigenverantwortung und die Souveränität der Staaten respektieren. Ich sage das am Beispiel der ILO: In unserem Arbeitsparlament bei der ILO sitzen die Vertretungen von 187 Ländern. Ist dort Pakistan weniger wert als Deutschland, nur weil Deutschland einen hohen institutionellen Beitrag zahlt? Es hat eine andere Rolle und vielleicht andere Einflussmöglichkeiten, aber selbstverständlich muss deren Souveränität ebenso beachtet werden. Die ILO geht also immer von dem aus, was da ist, und unterstützt und skaliert darauf aufbauend. Dankeschön.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Jetzt kommt Herr Arthur van de Meerendonk an die Reihe.

**Arthur van de Meerendonk** (Associate Professor in „Social Protection Financing“, VN-Universität, Maastricht / Bonn-Rhein-Sieg TU, St. Augustin): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vieles ist bereits gesagt worden. Wenn ich mich recht erinnere, wurde eingangs gefragt, welche Einnahmequellen die Länder des Globalen Südens eigenständig erschließen können und ob es dafür Erfolgsbeispiele gibt. Prinzipiell gilt, dass es keine Patentlösung für alle Länder gibt. Wir müssten uns deshalb ein konkretes Land anschauen und anhand einer Art Checkliste mögliche Einnahmequellen ermitteln. Wenn es bereits ein soziales Sicherungssystem im Land gibt, wäre dies der erste Ansatzpunkt. Ein funktionierendes Einkommensteuersystem ist ebenfalls eine sehr gute erste Herangehensweise, falls vorhanden. Falls nicht, und in vielen Teilen der Welt gibt es kein gut ausgebautes Steuersystem, könnten indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer eine Lösung sein. Der Nachteil bei diesen ist, dass sie oftmals eine diskriminierende Wirkung haben, d.h. die Armen zahlen bei diesen Steuern in der Regel mehr als die Reichen. Deshalb ist dies nicht die bevorzugte Methode. Herr Vorsitzender, Sie erwähnten das Beispiel von Timor-Leste. Tatsächlich sind einige Länder reich an



Ressourcen und können darauf zurückgreifen. Timor-Leste tut dies bereits seit geraumer Zeit. Dabei sollte jedoch mit Bedacht vorgegangen werden. Das Beispiel Norwegens zeigt, dass es bei einer sehr langfristigen Strategie hilfreich sein kann, nur die Gewinne zu verwenden, die aus der Investition der Fondsmittel erzielt werden. Würden die Mittel hingegen direkt aus dem Fonds abgezogen, bestünde die Gefahr, dass der Fonds auf lange Sicht trocken läuft. Meines Wissens ist dies in Timor-Leste in den letzten Jahren geschehen. Auch die Niederlande haben Erfahrung damit. Kommen wir zur nächsten Frage, welche Erfolgsbeispiele es gibt. In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich einige genannt. So nutzt Brasilien recht erfolgreich Steuern auf Finanztransaktionen. Ghana verwendet einen Teil seiner Mehrwertsteuereinnahmen. Diese sind zweckgebunden und dienen zur Finanzierung des staatlichen Gesundheitssystems. Es gibt weltweit eine ganze Reihe erfolgreicher Beispiele. Eine wichtige Frage ist auch, inwieweit die Länder ihren Bedarf eigenständig finanzieren können. Wie bereits oft erwähnt, ist dies vor allem in LICs nicht der Fall. Die Literatur geht übereinstimmend davon aus, dass diese 30 Länder mittelfristig etwa 30 bis 40 Mrd. USD benötigen, um ihren Bedarf zu decken. Längerfristig sollten sie jedoch imstande sein, eigene steuerliche Mechanismen zu etablieren. Bezüglich der 30 bis 40 Mrd. USD wurde die Frage gestellt, was uns dies kosten würde. In meiner schriftlichen Stellungnahme führe ich aus, dass dieser Betrag schätzungsweise 0,05 % des BIP der Länder der Organisation for Economic Co-operation (OECD) ausmacht. Würden also alle wohlhabenderen Länder der Welt 0,05 % aufwenden, was keine große Summe ist, könnten wir die Lücke in den LICs schließen. Eine wichtige Frage kam, wenn ich mich recht erinnere, von der CDU/CSU, nämlich, wie sieht es mit Korruption aus. Das sind meiner Ansicht nach ein großes Problem und ein wichtiges Thema. Des-

halb ist es bei der TZ mit den Ländern sehr wichtig, für gut funktionierende Informationssysteme zu sorgen, mit deren Hilfe die Finanzierung nachverfolgt werden kann und die Aufschluss darüber geben, woher das Geld kommt und wohin es fließt. Hier gibt es noch eine Menge zu tun. Alle weiteren Fragen beantworten wir dann in der zweiten Runde. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Der **Vorsitzende**: Es wird weitere Fragen in der zweiten Runde geben, aber wir werden sehen. Die Abg. haben erneut 2 Minuten Zeit.

Abg. **Nadja Sthamer** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Viele Fragen, die rund um das Thema sind, wurden schon beantwortet. Ich war ganz dankbar, dass Frau Dr. Niederfranke das Thema Lieferkette angesprochen hat. Da wollte ich nachhaken, denn für mich geht das Lieferkettengesetz Hand in Hand mit sozialer Sicherung vor Ort. Wir sprechen über Rechte, über Transparenz und über Absicherung. Das gehört, wenn wir über Existenzsicherung sprechen, ganz explizit dazu. Sehen Sie diese Zusammenhänge ebenfalls, Frau Dr. Niederfranke. Herrn van de Meerendonk frage ich, welche Chancen bestehen aus Ihrer Sicht für eine zusammenhängende Kommunikation und Umsetzung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene.

Abg. Dr. **Georg Kippels** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. In der heutigen Debatte ist, ich vermute vollkommen unbewusst, einmal von sozialer Sicherung und dann von Sozialversicherung gesprochen worden. Das sind konstruktiv 2 vollkommen unterschiedliche Ansätze. Bei der sozialen Sicherung spielt die Steuerkomponente eine existenzielle Rolle, weil sie im Zweifelsfall nicht umlagefinanziert ist, sondern mit einem entsprechenden Absicherungssystem aus Steuermitteln finanziert. Ergibt sich bei unseren Überlegungen die Not-



wendigkeit, dass wir darauf achten müssen, dass ein Staat, in dem wir uns mit einem Sozialversicherungssystem beschäftigen wollen, eine Mindestausstattung an Steuerquote hat. Ohne eine entsprechende Basis im staatlichen Haushalt, um Strukturen zu schaffen, beziehungsweise um vor allem in der Anfangsphase nicht umlagefinanzierte Leistungen erbringen zu können, muss meiner Meinung nach auf Steuermittel zurückgegriffen werden. Das korrespondiert mit meinen weiteren Überlegungen und der folgenden Frage. Es taucht immer wieder das Stichwort Anschubfinanzierung auf. Ist es, auch unter Risikoabwägungsgesichtspunkten, überhaupt vernünftig, mit einer finanziellen Anschubfinanzierung aus fremden, möglicherweise multinationalen, Töpfen, in ein solches Verfahren einzutreten, oder muss hier nicht tatsächlich schrittweise aus den eigenen Leistungsmöglichkeiten heraus aufgebaut werden? Es ist mühsamer und zeitaufwendiger, könnte aber nach meinem Dafürhalten nachhaltiger sein. Die Frage richtet sich an Herrn Juergens-Grant und Frau Dr. Niederfranke.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Nachfrage an Frau Dr. Niederfranke. Sie haben die Notwendigkeit von rechtsbasierten sozialen Sicherungssystemen in Ihrem Statement sehr betont. Können Sie noch einmal darauf eingehen, warum das notwendig ist. Welche Konsequenzen hat das für die internationale EZ? Die zweite Nachfrage geht an Herrn Juergens-Grant. Im Sinne einer Feministischen EZ hat sich die Bundesregierung dazu bekannt, mehr und enger mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit Frauenrechtsorganisationen, zusammenzuarbeiten, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu finanzieren. Was kann und sollte die Bundesregierung in der deutschen EZ von Organisationen wie der Frauengewerkschaft in Indien (Self-Employed Women's Association, SEWA) oder auch Ihrer

Organisation, der WIEGO, in Bezug auf die Bedarfe und die Lebensrealitäten von informell Arbeitenden lernen.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Der Aufbau eines funktionierenden Steuersystems ist für die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme Dreh- und Angelpunkt. Mir fehlen in den Stellungnahmen Best-Practice-Beispiele für funktionierende Steuersysteme in Afrika und damit für die Sicherung des Aufbaus einer sozialen Sicherung. Ich wäre kein Liberaler, wenn ich die folgende Frage nicht einbringen würde: Welche Möglichkeiten gibt es, privatrechtliche Investitionen in den Aufbau sozialer Sicherungssysteme einzubringen? Die Beantwortung meiner Fragen können bis zu drei SV übernehmen, und ich bin auf die Antworten gespannt. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Sehr charmant formuliert, Herr Gerschau.

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Meine Frage geht an Frau Dr. Niederfranke. Erklären Sie mir bitte, wie ist jetzt der Ablauf, also Lage, Auftrag, Durchführung, also dieses ganzen Konstrukt, Weltbank, BMZ. Wer beurteilt die Lage, wie sieht es vor Ort aus, wie sieht die Bewertung aus, wer setzt welche Ziele definitiv um? Oder macht da jeder, wie und was er meint? Wie viele Menschen sind in dem Apparat mit diesem Thema vertraut, wie viele Menschen kümmern sich um soziale Sicherungssysteme? Wie kommuniziert man miteinander? Wie definiert man die Ziele? Wie wird das dann umgesetzt? Wer evaluiert das Ganze? Machen hier ganz viele Akteure irgendetwas, oder läuft das zentral zusammen, so dass es wirklich eine Zielrichtung gibt?

Der **Vorsitzende**: Und den Abschluss macht für die Fraktion DIE LINKE. Abg. Möhring.



Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Die Fraktion DIE LINKE. verzichtet auf die Frage und freut sich auf alle Antworten der gut gestellten Fragen.

Der **Vorsitzende**: Auch sehr charmant gesagt, Frau Kollegin. Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen aus dieser zweiten Runde, und dafür haben die SV jeweils 5 Minuten Redezeit. Ich schlage vor, wir fangen jetzt in umgekehrter Reihenfolge mit Herrn van de Meerendonk an.

**Arthur van de Meerendonk** (Associate Professor in „Social Protection Financing“, VN-Universität, Maastricht / Bonn-Rhein-Sieg TU, St. Augustin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin mir nicht sicher, ob ich den Kern aller Fragen erfasst habe. Es gab eine Frage zu den Herausforderungen in den Lieferketten aus europäischer Sicht, richtig? Wenn Sie gestatten, überlasse ich die Antwort auf diese Frage meiner Kollegin Frau Dr. Niederfranke. Wäre das okay? Vielen Dank! Eine weitere Frage, und ich hoffe, ich habe die englische Übersetzung richtig verstanden, kam von der CDU/CSU, und sie bezog sich auf die Finanzierung aus Steuermitteln als Basis. Es wurde gefragt, ob ein kleinteiliger Ansatz ratsam ist und ob es sinnvoll ist, auf dem vorhandenen Fundament im Land aufzubauen, anstatt mit einem vorgefertigten Modell ins Land zu gehen. Ich denke, das ist ein sehr guter und berechtigter Punkt. Ich war längere Zeit in Ägypten tätig, wo diese Frage irgendwann aufkam. Ich arbeitete dort für die ILO, aber auch die WB war im Land aktiv. Nicht zum ersten Mal hatten die beiden Organisationen eine völlig andere Auffassung darüber, welcher Ansatz der Beste wäre. Die ILO vertrat den Standpunkt, dass Ägypten seit jeher über eine sehr gut ausgebaute Rentenversicherungsstruktur verfügte. Warum sollten wir diese nicht nutzen, darauf aufbauen und mit überwiegend parametrischen Reformen Verbesserungen herbeiführen, wie die Anhebung

des Rentenalters oder eine Anhebung des Rentenbeitrags. Die WB hingegen schlug eine eher theoretische Lösung vor, nämlich Rentensysteme mit definierten Beiträgen, also ein Ansatz, der eher einer liberalen Marktwirtschaft entspricht. Meiner Meinung nach ist dies ein entscheidender Gesichtspunkt, den es zu berücksichtigen gilt. Ich glaube, Frau Dr. Niederfranke erwähnte dies in ihrer Stellungnahme bereits: Wir müssen den nationalen Kontext berücksichtigen und feststellen, was in jedem spezifischen Fall am besten funktioniert, anstatt eine vorgefertigte Lösung von der Stange zu wählen. Eine weitere Frage betraf Privatinvestitionen und ob diese eine Rolle spielen könnten: In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich erwähnt, dass es sinnvoll ist, integrierte Finanzierungskonzepte zu erwägen und zu prüfen, welche Finanzquellen in einer längerfristigen Finanzierungsstrategie kombiniert werden können. Dabei können auch private Mittel eine Rolle spielen. Natürlich gibt es gewisse Einschränkungen, unter anderem deshalb, weil private Investoren eine Gegenleistung für ihre Investitionen sehen wollen. Aber es lohnt sich durchaus, dies zu prüfen. Ich denke, damit habe ich die wichtigsten Fragen beantwortet, die ich auf dem Tisch hatte. Wenn Sie gestatten, Herr Vorsitzender, möchte ich damit schließen.

Dr. **Annette Niederfranke** (Direktorin, ILO-Präsenz in Deutschland): Vielen Dank. Ich fange an mit der spannenden Frage, ob ein Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) auf nationaler beziehungsweise auf europäischer Ebene etwas bringt. Die Antwort ist „Ja“. Es bringt eine ganz andere Aufmerksamkeit, auch in den Partnerländern, dass darauf geachtet wird, wie die Arbeitnehmerrechte aussehen und wie die soziale Absicherung ist. Es war eine der Sorgen von Pakistan und Bangladesch, die gesagt haben, wenn Europa das macht, dann wandert Europa weg aus unseren Ländern woanders hin. Es stößt also Reformen an,



um die internationalen Marken zu halten, das ist ein wichtiger Punkt. Es ändert auch etwas bei den Unternehmen selbst, wie ich vorhin schon gesagt habe. Unternehmen entwickeln ein Interesse, das sage ich jetzt in Richtung von Abg. Dr. Kippels, eine Sozialversicherung, zum Beispiel eine Arbeitslosenversicherung, mit dem Anspruch aufzubauen, in den Ländern zu bleiben und selber dort auch gute und soziale Arbeitgeber zu sein. Das passiert nicht von heute auf morgen. Die Suchrichtung geht nicht nur nach dem besten Profit, sondern auch nach den geringsten Risiken. So ist auch unser Gesetz ausgelegt, und so wird auch die Risikoanalyse gemacht. Das wird nicht die Welt von heute auf morgen verändern, aber es geht in die richtige Richtung. Von der Wirtschaftsseite wird sehr stark der Druck auf die Länder erhöht, in diesem Bereich aktiv zu werden, was arbeitsbezogene Versicherungsleistungen angeht. Es ist eines der Grundanliegen der ILO, die Versicherungsprinzipien zu berücksichtigen, um den tripartitiven Ansatz, bestehend aus Arbeitgeber\*innen, Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschafter\*innen, in Einklang zu bringen. Das Versicherungsprinzip ist auch in Hinblick auf die Aufsicht in den Ländern eines, das wir bevorzugen, aber es ist nicht überall möglich. Nach meiner Beobachtung und unseren Analysen ist es so, dass alle Sozialleistungen, die im direkten Sinn arbeitsbezogen sind, wie Arbeitslosen- oder Unfallversicherungen, eine größere Chance haben. Das zeigen auch die Beispiele in Südamerika und anderen Ländern, dass dort tatsächlich ein Versicherungssystem parallel aufgebaut wird. Bei Leistungen für Kinder oder Menschen mit Behinderungen sieht das anders aus, da ist der steuerlich basierte Anteil sehr viel höher zu gewichten. Deswegen sollte beides im Blickfeld sein, weil mit der Versicherungs-lösung auch eine größere Unabhängigkeit der Länder von internationalen Finanzierungen entsteht. Warum ist der regelbasierte Ansatz so wichtig, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefragt. Er ist deshalb so

wichtig, weil er in den Ländern eine Rechtsgrundlage schafft für eine Sozialleistung, und eine Rechtsgrundlage hat Folgewirkungen. Die Menschen erfahren, dass sie dieses Recht haben, und es entsteht so etwas wie eine Interessenvertretung, sei es bei NGOs oder beim Aufbau von Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften. Ein rechtsbasierter Ansatz führt auch dazu, dass das Land darüber berichten muss, wie er umgesetzt wird, und es findet eine stärkere Kontrolle in den Ländern statt. Nach Best-Practice-Beispielen für steuerfinanzierte Sozialleistungen in Afrika hatte die FDP gefragt. Da gibt es mehrere Beispiele. Ich habe sie in meinem Statement auch hinten angefügt. Vielleicht schauen Sie dort nach, und wir können dann bilateral noch einmal darüber sprechen. Und noch ein Satz zur AfD: Das sind alles natürlich sehr regelbasierte und etablierte Formen der Zusammenarbeit. Es ist keinesfalls so, dass die Menschen allesamt an ihren Schreibtischen sitzen und vor sich hin werkeln. Wenn wir ein konsolidiertes Programm machen, dann wird darum gerungen, bis sich ein Ansatz durchsetzt und alle, die finanzieren wollen, auch Deutschland, sitzen mit am Tisch.

**Der Vorsitzende:** Vielen herzlichen Dank. Wir kommen nun zum letzten SV, zu Herrn Juergens-Grant.

**Florian Juergens-Grant** (Social Protection Project Manager, Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing, WIEGO): Vielen Dank. Da meine Organisation WIEGO sich primär auf Frauen oder informelle Arbeiterinnen fokussiert, fange ich mit der Frage zu Gender und sozialer Sicherung an. Diese ist offensichtlich und unglaublich wichtig für die gesellschaftliche gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am sozialen und wirtschaftlichen Leben. Dabei spielen das weibliche Geschlecht, genauso wie die Klasse, die Identität, der Arbeitsort, die Beteiligung am Arbeitsmarkt, die Sicherung und auch das Einkommen natürlich



eine super wichtige Rolle. Genau deswegen ist soziale Sicherung so wichtig. Die Betreuung von Kindern oder von Familienmitglieder ist oft noch, gerade in Entwicklungsländern, die Aufgabe von Frauen, aber gerade für Arbeiterinnen sind die Systeme der Kinderbetreuung nicht kompatibel mit ihrem Arbeitsleben. Das muss sich ändern, zumal soziale Systeme für berufstätige Frauen im Globalen Süden oft noch fehlen; daran müssen wir arbeiten. Wir hören von unseren Partnerorganisationen, wie wichtig Kinderbetreuung ist. Wir wissen auch, dass es geschlechtsspezifische Ungleichheit in Erwerbsquoten und Einkommen gibt. Da muss man aufpassen, dass die sich nicht ins Rentensystem übertragen, und deshalb findet WIEGO es wichtig, dass die Lösungen für die Alterssicherheit von informellen Arbeiter\*innen eine Integration in nationale Systeme sind. Das können keine quasi alleinstehenden, privatisierten Sparkonten sein, wenn die Frauen nämlich weniger verdienen, sparen sie weniger und haben weniger Rente. Deshalb muss eine Umverteilung existieren. Dazu brauchen wir auch Betreuungsgutschriften für Betreuungsarbeit. Da war die Frage zu Best-Practice, ich weiß nicht genau, ob das zum Steuersystem oder zur Steuerfinanzierung gewünscht war. Wir haben nächste Woche ein Webinar mit der OECD und Best-Practice in Tax Financing, dazu kann ich Ihnen den Link schicken. Die haben 50 Best Practices ausgesucht, die ich allerdings noch nicht gelesen habe. Wir sehen, dass Steuersysteme progressiv sein müssen. In Entwicklungsländern ist es oft ein Problem, dass wir keine gute Übersicht haben, wie das Steuersystem wirklich aussieht. Wir haben eine Studie in Ghana zu informellen Arbeiter\*innen in Accra gemacht und haben gesehen, dass sie sehr viele Steuern zahlen, gerade auf der kommunalen Ebene, aber häufig sind sie nicht Teil der Debatte. Es gibt Kommunalsteuern, Marktsteuern und alle möglichen anderen Steuern. Wenn wir die informelle Wirtschaft als fehlende Goldgrube sehen, dann besteht die Gefahr, dass wir

die Lebensgrundlage von armen Arbeiter\*innen untergraben, und deshalb müssen wir zumindest aufpassen, welche Steuern es bereits gibt. Die andere Frage ist, ob es mehr kostet oder wie viel Geld wirklich von armen informellen Arbeiter\*innen zu holen ist. Ist es möglicherweise teurer, sie in Systeme zu integrieren, denn die Steuern, die sie zahlen können, sind relativ gering, und es oft sehr schwer ist, diese Leute zu identifizieren und herauszufinden, wie viel sie verdienen. Zur privaten Involvement in soziale Sicherungssystemen: WIEGO arbeitet jetzt mit der Organisation SEWA, eine große Frauengewerkschaft, zusammen und deren Motto ist: „Wir sind arm, aber wir sind viele.“ Die arbeiten sehr viel mit der Versicherungsindustrie zusammen, um Versicherungsprodukte zu designen, die für arme, arbeitende Frauen in Indien funktionieren. Die Frage war nicht an mich gestellt, aber ich möchte kurz etwas zur Lieferkettendebatte sagen. Das ist ein ganz wichtiges Thema für WIEGO. Wir vertreten zwar die Heimarbeiterinnen in Textilketten nicht, aber wir arbeiten mit Organisationen, wie Homenet International, zusammen. Es ist ganz wichtig, dass diese Gesetze, wobei ich mich ein bisschen mehr mit der europäischen Richtlinie auskenne als mit der deutschen, die komplette Lieferkette abdecken; sie können nicht quasi in der Mitte der Kette aufhören. Wir wissen, dass die Heimarbeiterinnen in der Textilkette oft gar nicht wissen, für wen sie arbeiten. Sie arbeiten nach einem bestimmten Satz, aber es gibt keine Rechenschaftspflicht, weil sie nicht wissen, ob sie für H&M oder für wen auch immer arbeiten. Ich denke, es ist wichtig, dass diese Debatten auch die Arbeiterinnen am Boden der Pyramide mit integrieren. Dankeschön.

**Der Vorsitzende:** Das war der Schlussgong, und somit kommen wir zum Ende. Ich bedanke mich bei allen SV, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. Ich will mich auch bedanken bei den Dolmetschern, die wieder



großartig übersetzt haben, und das ist nicht immer ganz einfach bei den speziellen Begriffen. Dann möchte ich natürlich unseren Zuschauer\*innen für ihr Interesse an diesem entwicklungspolitisch bedeutsamen Thema ganz herzlich danken. Es sind eine Menge guter neuer Ideen vorgetragen worden. Es sind natürlich auch alte Ideen dabei gewesen. Zusammenfassend kann man sagen: Es gilt immer das eiserne Gesetz des Örtlichen. Man muss immer anschauen, was gibt es vor Ort, und welche Möglichkeiten gibt es vor Ort. Ich glaube, das kann man als Quintessenz des heutigen Tages festhalten. Wir werden uns sicherlich in den kommenden Monaten und Jahren mit dieser Frage weiter beschäftigen und die Themen in unserem AwZ weiter diskutieren. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es zu dieser Anhörung ein Wortprotokoll geben wird, das wir auf unsere Homepage stellen werden, so dass

Sie alles noch einmal nachlesen und in Ruhe darüber nachdenken können. Jetzt bleibt mir noch, mich nochmals bei Ihnen allen zu bedanken für Ihre Aufmerksamkeit, und ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, sowie unseren SV noch eine gute Woche. Damit erkläre ich diese Anhörung für beendet. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 12:48 Uhr



Dr. Christoph Hoffmann, MdB  
Amtierender Vorsitzender